



Hallo!

In der vorigen Ausgabe haben wir angekündigt, die ENTSCHEIDUNG noch näher an den Puls des Verbandes zu bringen. Das erste Ergebnis sind Tipps und Anregungen für die Arbeit vor Ort. Schließlich liegt dort der Ursprung jeder politischen Tätigkeit – und die meiste Abwechslung: Plakatieren bis in die Morgendämmerung, gemeinsame Fahrten, Diskussionen am Info-Stand, Wahlen ohne Delegiertensystem... Die meisten JÜler können eine Vielzahl von Erlebnissen schildern, die nur an der Basis passieren.

Neben der Begutachtung der JU-Homepages werfen wir in diesem Heft einen Blick über Atlantik, Alpen und auf das Phänomen Extremismus. »Lass dich nicht anzünden« lautete das Motto einer JU-Kampagne Anfang der 90-er Jahre. Natürlich gilt auch heute noch für uns, klar gegen politische Verirrungen jeder Art Stellung zu beziehen und deren Ausbreitung entgegenzutreten.

Daneben äußern sich zwei CDU-Freunde zur aktuellen politischen Lage. Insbesondere das Interview mit Thomas Heilmann verlangte von den Redakteuren vollen Einsatz: Der vielgefragte CDU-Internetsprecher stand uns kurzfristig während einer Rush-Hour-Fahrt durch die Hauptstadt in seinem Wagen und anschließend auf dem Dachgarten der New Business-School von Scholz&Friends Rede und Antwort.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer

philipp.missfelder@entscheidung.de



Interview mit Ruprecht Polenz

5



287 JU-Homepages im Vergleich

16



Das System Schröder

24



Schwerpunkt Basisarbeit

8-15



Internet-Sprecher Thomas Heilmann

22



Extremismus

26

Leserumfrage	4
E-School	10
Wenn Journalisten mit Politikern reden	20
Glosse	21
Spektakel: Bush vs. Gore	29
Politik direkt	30

»Fairness for Austria«	31
News	32
Hierzulande	33
Aktiv	34
Neue JU-Vorstände	35
Impressum	35



Es wird schwer für Rot-Grün

Die politische Halbzeitpause ist beendet Die Sommerferien waren zugleich die Mitte der Wahlperiode des Bundestages. Von nun an wird sich Gerhard Schröder seiner trügerischen Selbstgefälligkeit nicht länger hingeben können. Nicht ohne Grund hielt er seine Zwei-Jahres-Bilanz bereits zwei Monate zu früh: In der kommenden Zeit wird es schwer für die Regierung, ihre vielen Ziele zu erreichen. Vor den rot-grünen Wunschprojekten werden noch manche Hürden auftreten, die erst in Ansätzen zu erkennen sind. Die Zeiten sind vorbei, als die Union nach den strategischen Plänen von Steinmeier/Bury/Schröder vor lauter Konsens kaum noch wahrgenommen werden sollte. Denn mit Blick auf das Jahr 2002 wird immer deutlicher: Dem SPD-Vorsitzenden ist es bisher nicht gelungen, seine großspurigen Wahlversprechen zu erfüllen: Von einer Verdopplung der Investitionen im Bildungssektor spricht heute niemand mehr, die nächste Rentenlüge steht bevor, und die »Chefsache« Aufbau Ost gerät ins Hintertreffen.

Dabei muss gerade der Blick in Richtung neue Länder oberste Priorität haben. Denn die sozialen Brennpunkte im Osten Deutschlands sind eine Keimzelle für politischen Extremismus. Hoffnungslosigkeit und Zukunftsängste führen insbesondere bei Jugendlichen zur Öffnung gegenüber fatalen Richtungen. Es wächst eine Generation heran, die von der Bundesregierung zu wenig beachtet wird. Mit einer nachhaltigen Politik hat dies nichts zu tun.

CDU und CSU müssen in den nächsten Wochen und Monaten verstärkt in die politische Auseinandersetzung eintreten und im Osten wie im Westen wirkliche Alternativen aufzeigen. Denn jetzt werden die Grundlagen für den Ausgang der kommenden Bundestagswahl gelegt. Mehr als bei jeder anderen Wahl werden neue Kommunikationsformen eine Rolle spielen – ob via Internet oder durch neue Wege vor Ort. In jedem Fall: Die Junge Union geht dabei voran – wir sind aktiv!

Hildegard Müller
Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands

Die Antwortbögen der Leserumfrage können zur Auswertung an folgende Adresse geschickt werden:
 DIE ENTSCHEIDUNG, Inselstraße 1b, 10179 Berlin,
 Telefax 0 30/27 87 87-20,
 E-Mail: leserumfrage@entscheidung.de
 Vielen Dank für eure Teilnahme!

Betrifft:

DIE ENTSCHEIDUNG

Bis Anfang 2001 wird sich die ENTSCHEIDUNG in Optik, Präsentation und Inhalt verändern. Deshalb startet in diesem Monat eine Umfrageaktion, durch die sich die Leser an der Umgestaltung des Magazins beteiligen können. Wie soll die ENTSCHEIDUNG in den kommenden Jahren aussehen?

Leserumfrage

1. Hinsichtlich der Optik des Heftes wünsche ich mir:

2. Die Darstellung und Präsentation könnte folgendermaßen verbessert werden:

3. Als monatliche Schwerpunktthemen für das Jahr 2001 interessieren mich die Bereiche:

4. Der Nutzwert der Artikel wäre für mich höher, wenn...

5. Außer politischen Beiträgen wünsche ich mir:

6. Eine wirkliche Neuheit wäre...

Name: _____ Adresse: _____
 Telefon: _____ E-Mail: _____
 ggf. Funktion: _____ Alter: ____ Jahre

Nach der politischen Sommerpause blickt die Union nach vorn: Die Regierung Schröder hat die Hälfte ihrer Zeit überschritten, und die Opposition plant die Strategie für die kommenden zwei Jahre. Darüber sprach die ENTSCHEIDUNG mit CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz.



PHILIPP MISSFELDER

Aus der
Schwäche
 eine
Stärke
 machen

Ruprecht Polenz, seit 1972 Mitglied in JU und CDU, zog 1994 über ein Direktmandat (Münster) in den Bundestag ein. Bei den Bundestagswahlen 1998 konnte Polenz sein Erststimmenergebnis gegen den allgemeinen Trend noch verbessern. Am 10. April 2000 wurde er auf dem Essener Parteitag zum Generalsekretär der CDU Deutschlands gewählt



ENTSCHEIDUNG: CDU/CSU müssen bei der nächsten Bundestagswahl durch die Spendenaffäre auf viel Geld verzichten, das nicht in die Kampagne oder in den Ausbau einer Wahlkampfzentrale gesteckt werden kann. Wie wollen Sie die Wettbewerbsnachteile gegenüber der SPD ausgleichen?

Polenz: Wir werden aus unserer Schwäche eine Stärke machen. Ich glaube nicht, dass sich Wähler heute noch von teuren Materialschlachten auf Hochglanzpapier und in Fernseh-Spots überzeugen lassen. Politische Überzeugungsarbeit funktioniert nicht (mehr) nach den Gesetzen der kommerziellen Werbestrategien. Überzeugung erwächst aus den Argumenten der in der Politik Tätigen. Das sind einmal unsere Mandatsbewerber, aber das sind vor allem auch unsere Mitglieder und Freunde. Sie werden durch direkte Ansprache der Menschen unsere Werbeträger sein. Wir werden einen ausgesprochenen Mitglieder-Wahlkampf führen. Wir wollen die Menschen überzeugen und sie nicht mit Werbemitteln zuschütten.

ENTSCHEIDUNG: Auf dem Essener Parteitag war Ihre Aussage, dass Sie den Mitgliedern die Partei zurückgeben wollen. Wie soll dies in nächster Zukunft aussehen?

Polenz: Man muss sehen, dass die alte Motivation, Parteimitglied zu werden, heute nicht mehr greift: eine Parteimitgliedschaft verschafft keinen Informationsvorsprung mehr. Also brauchen wir eine neue Motivation. Die sehe ich darin, dass wir die Mitgliedsrechte in der CDU nachhaltig stärken. Wer Mitglied ist, muss auch mitentscheiden können.

Dazu gehört z.B. nach meiner Auffassung, dass Wahlkreisandidaten für Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen in Urwahlen nominiert werden. Auch das Instrument der Mitgliederbefragung, das ja in unserem Satzungsrecht bereits verankert ist, sollte häufiger eingesetzt werden. Die modernen Kommunikationstechnologien erlauben es heute, solche Verfahren rasch und vor allem preisgünstig zu praktizieren. Ich leite

» Wir wollen die Menschen überzeugen und sie nicht mit Werbemitteln zuschütten.«

eine Parteireformkommission, die sich im August konstituiert hat und in der alle Landesverbände und Vereinigungen vertreten sind. Von dieser Kommission erwarte ich wesentliche Anstöße und Ideen für unsere künftige Parteiarbeit und Parteiorganisation.

ENTSCHEIDUNG: Nach den erfolgreichen Regionalkonferenzen der CDU stieß der SPD-Generalsekretär Franz Müntefering eine Debatte über ein Vorwahlsystem in Deutschland nach amerikanischem Vorbild an. Wenn nicht durch Primaries, wie wird die Union den Bürgern die Möglichkeit bieten, Politik mitzugestalten?

Polenz: Den Vorschlag Primaries lehne ich ab. Es muss klar bleiben, wer die Verantwortung für die Benennung eines bestimmten Kandidaten hat. Diese Verantwortung kann den Parteimitgliedern niemand abnehmen. Aber jede und jeder ist zur Mitarbeit willkommen – auch wenn sie oder er nicht

gleich einen Antrag auf Mitgliedschaft abgeben will. Im Gegenteil. Wir brauchen externen Sachverstand. Einer der Schwerpunkte unserer Reformüberlegungen wird sich daher damit beschäftigen, wie wir den Weg von der Mitgliederpartei zu einer für alle offenen Bürgerpartei gehen können.

ENTSCHEIDUNG: Wird es wieder Regionalkonferenzen geben? Zum Beispiel zum Thema Homo-Ehe oder Einwanderungsgesetz?

Polenz: Regionalkonferenzen haben sich zu Jahresbeginn bei der Diskussion über die schwierige Lage der Union im Vorfeld der Neubesetzung des Parteivorstandes hervorragend bewährt. Sie sind von allen Beteiligten sehr positiv bewertet worden. Wir sollten sie auch nutzen zur Klärung inhaltlicher Fragen. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir z.B. in der Frage der Studiengebühren über solche Konferenzen ein klares Meinungsbild der CDU herbeiführen können, wenn das Thema, über das zu entscheiden ist, gut vorbereitet wird.

ENTSCHEIDUNG: Nur noch wenige Leute sind bereit, sich fest politisch zu binden, Stammwähler gibt es immer weniger, Wechselwähler dafür umso mehr. Wie versucht die CDU in einer solchen Situation, Mitglieder zu werben?

Polenz: Wir tun dies, indem wir immer wieder neue Anläufe nehmen. Es handelt sich hier ja nicht um ein Problem, von dem nur die politischen Parteien betroffen wären. Der Trend, sich möglichst nirgendwo fest zu binden, ist ein Trend, der morgen schon wieder auf dem Rückzug sein kann. Wenn man nicht mutlos und damit tatenlos ist, gehört man zu denen, die die mögliche Trendwende nicht verpassen. Eines ist schon jetzt deutlich: Das Werben um die Wechselwähler und Nichtwähler ist für die CDU von entscheidender Bedeutung. Schön ist, wenn wir unter diesen neuen CDU-Mitglieder gewinnen. Wichtiger ist jedoch, dass

möglichst viele Wechsel- und bisherige Nichtwähler 2002 CDU wählen.

ENTSCHEIDUNG: Viele sagen: Der Infostand ist out, die CDU muss neue Wege finden. Welche Wege finden Sie?

Polenz: Meine Erfahrung ist: der Infostand ist nicht out. Man kann in der Fußgänger-Passage nach wie vor sehr gut Politik vermitteln. Ein gut gestaltetes Flugblatt ist auch künftig ein wichtiger Werbeträger für unsere politischen Botschaften. Wir sollten uns da von hektischen In-Out-Diskussionen nicht beeinflussen lassen. Natürlich muss man auch neue Möglichkeiten nutzen. Wenn zum Beispiel junge Menschen erst ab 23.00 Uhr losgehen, müssen wir eben auch »politische Nachtschichten« einlegen und vor Kinos, in der Innenstadt oder vor Diskotheken präsent sein. Insgesamt müssen wir viel mehr output-orientiert denken und arbeiten. Hier ist noch einiges zu tun.

ENTSCHEIDUNG: Ein Landesverband der GRÜNEN führt im Herbst den ersten virtuellen Parteitag durch. Was tut die CDU, um im Internet die Nase vorn zu haben?

Polenz: Ob man durch einen virtuellen Parteitag schon die Nase im Internet vorn hat, bezweifle ich. Die Atmosphäre eines Parteitages, die Möglichkeiten der kurzen Randgespräche, die ganze emotionale Dimension eines Parteitages sind im Netz doch nur sehr eingeschränkt darstellbar. Wir übertragen unsere Parteitage im Internet und werden dies auch weiter tun. Wir überlegen zudem, wie wir Möglichkeiten des Mitdiskutierens via Internet schaffen können. Darüber hinaus hat der Bundesvorstand mit Thomas Heilmann einen Top-Profi als Internetbeauftragten der CDU bestellt. Gemeinsam mit Herrn Heilmann leite ich eine Internet-Kommission der Bundespartei, die ein Internet-Entwicklungs-Programm erarbeiten wird. Ich sehe sehr wohl die Chancen, die das Internet bietet, zu einer neuen Qualität der Mitglieder-Bindung zu kommen.

ENTSCHEIDUNG: Wann gibt es bei der CDU den ersten Online-Ortsverband?

Polenz: Ich hoffe bald. Wir werden dabei aber neue Wege gehen. Ich habe unsere Internet-Redaktion um entsprechende Vorarbeiten gebeten. Wer unsere politischen Ziele unterstützt, muss auch bei uns mitmachen können – die Form darf nicht entscheidend sein.

ENTSCHEIDUNG: Wie wollen Sie die Mitglieder untereinander und die Ebenen innerhalb der CDU besser miteinander vernetzen?

Polenz: Wir haben das allgemeine Web-Angebot der CDU. Wir haben ein Mitglieder-Netz der Bundespartei, das ich zu einem CDU-Plenum ausbauen möchte. In Wahlkämpfen bieten wir ein »KandiNet« für Kandidaten und ihre Helfer an. Die Landesverbände und viele Kreis- und Ortsverbände haben inzwischen einen eigenen Web-Auftritt. Bis Jahresende soll auch jeder

» Wir wollen unsere Mitglieder ermutigen, ins Netz zu gehen und versuchen, dafür günstige Einstiegsmöglichkeiten anzubieten.«

Ortsverband einen Internet-Beauftragten haben. Wir wollen unsere Mitglieder ermutigen, ins Netz zu gehen und versuchen, dafür günstige Einstiegsmöglichkeiten anzubieten. Ich sehe im Internet ein hervorragendes Instrument, um einen argumentativ aktuellen und schlagkräftigen Wahlkampf

zu führen. Dazu gehört auch, in weitaus größerem Masse als bisher E-Mails zur innerparteilichen Kommunikation zu nutzen.

ENTSCHEIDUNG: Friedrich Merz hat nach der Niederlage im Bundesrat gefordert, dass die Oppositionsplattform der Union die Bundestagsfraktion sein soll. Was halten Sie als Parteimanager davon?

Polenz: Friedrich Merz hat recht. Das Parlament muß wieder die Hauptbühne der politischen Auseinandersetzung in Deutschland werden. Darüber hinaus wünsche ich mir bei geeigneten Themen eine enge Verzahnung mit unserer Politik in den Ländern, Städten und Gemeinden. Die Bundespartei hat in erster Linie die Aufgabe, unsere Positionen den Menschen in unserem Land deutlich zu machen. Die Menschen müssen wissen, was wir wollen und warum wir dies wollen. Hier sehe ich die wesentliche Herausforderung für das Konrad-Adenauer-Haus.

ENTSCHEIDUNG: Wie wollen Sie die Vereinigungen und gerade auch die Junge Union verstärkt in die Oppositionsstrategie einbinden?

Polenz: Frau Merkel und ich stehen mit den Vereinigungen in intensivem Gespräch. Ich erwarte von den Vereinigungen, dass sie die Generallinie der Bundespartei, die sie ja durch eigene Beiträge wesentlich mitprägen und mitgestalten, insbesondere in ihre jeweiligen Zielgruppen hineinragen. Umgekehrt können sie deren Forderungen durch ihre Vernetzung mit der Bundespartei in unsere Entscheidungsgremien weitergeben. Auch dies macht den Charakter der CDU als Volkspartei aus. Die CDU braucht starke Vereinigungen. ■

Ohne die Orts-, Stadt- und Kreisverbände läuft nichts in der Jungen Union: Hier werden die Bürger direkt angesprochen, Neumitglieder geworben und Wahlkämpfe geführt. Viele Tausend Juler arbeiten vor Ort in Vorständen, Fraktionen und Ausschüssen. Auch für die Basisarbeit der Jungen Union bleibt es nicht ohne Spuren, dass sich Gesellschaft, Medien und Wirtschaft im Umbruch befinden.



GEORG MILDE

BASISARBEIT



PR-Fachmann Axel Wallrabenstein

Die Anforderungen an die JU-Aktivitäten ändern sich. Damit ist nicht einfach gemeint, dass der traditionelle »JU-Stammtisch« in »Polit-After-Hour« oder »JU-Brunch« umbenannt wird. Vielmehr geht es darum, dass die Junge Union mit ihren Veranstaltungen vor Ort dem veränderten Lebensgefühl der 14- bis 35-Jährigen entspricht. Medien, Internet, New Economy – auch ohne den Sprung auf die Welle der Zeitgeistsurfer ist zu erkennen, dass das Bewusstsein der JU-Zielgruppe neben den Inhalten immer stärker von der äußeren Wirkung bestimmt wird. »Im Zuge der dramatischen Veränderungen in der Kommunikation gibt es zwei Extreme, auf Leute zuzugehen«, sagt Politik-PR-Fachmann Axel Wallrabenstein von der renommierten Agentur Publicis. »Entweder wandert die Junge Union weiterhin von Haustüre zu Haustüre und verteilt ihr Grundsatzprogramm. Diese Art, Wähler zu erreichen, entspricht jedoch nicht mehr der Zeit,« so Wallrabenstein, zugleich früherer Bundesgeschäftsführer der JU. »Oder wir werden alle zu kleinen Möblern und sehen dabei nicht, wohin das führt.«



Medienorientierung

Der Jungen Union rät Wallrabenstein zum Mittelweg: Inhaltliche Themen sollten mit Aktionen verbunden werden, damit sie in den Medien Erwähnung finden. Wallrabenstein: »Kein Journalist interessiert sich für eine gute Broschüre – es sei denn, sie ist mit einem medienrelevanten Effekt verbunden. Medienorientiert denken heisst jedoch nicht, bei aller Aufmachung die Inhalte zu vernachlässigen.«

Parteien brauchen interessante Personen, damit sie eine Chance bei ihrer Zielgruppe haben. Dazu kommt die Tatsache, dass viele potentielle JU-Mitglieder weder Zeit noch Lust auf langatmige Grundsatzdiskussionen haben. Wallrabenstein: »Junge Leute wollen sich heute lieber punktuell engagieren und projektbezogen arbeiten. Doch Begriffe wie 'Arbeitskreis' wirken abschreckend. Solche angestaubten Namen gibt es in der Wirtschaft schon lange nicht mehr – warum dann in der

Jungen Union?«, fragt sich Wallrabenstein, der auch fordert, dass bei der Ämtervergabe stärker auf die individuellen Fähigkeiten der Kandidaten geachtet wird. Bisherige Parteistrukturen erweisen sich häufig leistungshemmend: Wer zum Beispiel umzieht, muss in einem neuen Kreisverband wieder ganz von unten anfangen. »Dadurch gehen dem Verband viele gute Leute verloren«, so der PR-Mann.

Ein Problem der Wirkung nach außen ist, dass das verbreitete Politikbild fast ausschließlich von Bundes- und Landesthemen bestimmt wird. Wallrabenstein: »Wie gut die Arbeit vor Ort auch immer sein mag – wenn die Union auf den höheren Ebenen schlecht dasteht, muss auch die Basis schwer kämpfen.«

» Parteien brauchen interessante Personen, damit sie eine Chance bei ihrer Zielgruppe haben.«

Kontakte aufbauen

Daher ist es um so wichtiger, einen engen Kontakt zu Lokalzeitungen sowie regionalen Fernseh- und Radiosendern zu halten. Nicht nur die Jahreshauptversammlung bietet Möglichkeiten, auf Journalisten zuzugehen. Und verglichen mit anderen Ressorts bietet der Lokalteil viel Raum zur politischen Darstellung. »Ich rate immer, sich mit den Redakteuren zusammensetzen und zu fragen, welche Geschichten für ihre Berichterstattung interessant sind«, sagt Wallrabenstein. »Schließlich kann nicht jeder Kreisverband erwarten, dass seine Thesen zur Sicherheitspolitik ungekürzt veröffentlicht werden.« Wer sich dagegen mit den Gründern eines jungen Unternehmens in seiner Stadt trifft und gemeinsam Journalisten zu einem Workshop zur Standortverbesserung einlädt, kann sich der medialen Aufmerksamkeit gewiss sein. Erst recht, wenn die Ergebnisse dann in die Entscheidungsprozesse des lokalen CDU-Vorstandes einfließen. »Wichtig ist, dass die Probleme vor Ort angesprochen werden – zum Beispiel das Thema Jugendarbeitslosigkeit.« Öffentlichkeitswirksam sind auch Pressekonferenzen, die Kreisvorsitzende mit den JU-Landesvorsitzenden oder jungen Abgeordneten durchführen.

Auch wenn häufig sinkende Mitgliederzahlen beklagt werden, bedeuten weniger JU-Mitglieder nicht automatisch eine verminderte Kampagnenfähigkeit. »Die Zeit der Massenaufmärsche ist vorbei«, so Wallrabenstein. »Außer bei Delegiertenversammlungen spielt es kaum eine Rolle, ob ein Verband 20, 30 oder 50 aktive Mitglieder hat. Entscheidend sind Stimmung und Ideen der Leute.«

Georg Milde, milde@entscheidung.de



Gescheite Arbeitsmarkt- politik fängt im Klassen- zimmer an.

Wahlkampfplakat aus dem letztjährigen Düsseldorfer Kommunalwahlkampf. Die Düsseldorfer JU hat aufgepasst, dass der CDU-Wahlslogan nach dem Wahlsieg wahr gemacht wurde. Bei ursprünglich lächerlichen 350.000 Mark (SPD) stehen jetzt 5.000.000 Mark (CDU/JU) zur Ausstattung der Schulen mit IT-Gerät zur Verfügung!

Internet:
www.erwin99.de



Diesmal **CDU** Es ist besser so.

THOMAS JARZOMBEK

Worüber Schröder & Co. jetzt reden,
hat die JU vor Ort längst umgesetzt:
Schulen und Schüler mit PCs und Internet
versorgen/Beispiel Düsseldorf

SCHOOL

Dunkle Abstellkammern, in denen traurig
aussehende PCs älteren Baujahrs lustlos
vor sich hin surren: typische Computerräume
an deutschen Schulen – so auch in Düsseldorf.

Gründe dafür gab es viele. Ein minimalistischer Etat, mangelnde
Fachkräfte in der Verwaltung und insbesondere null Interesse bei den (damaligen)
Ratsmitgliedern. Letztlich ein unhaltbarer Zustand.

In dieser Situation war es vor einem Jahr für
die Junge Union nicht schwer, den damaligen
Spitzenkandidaten der CDU und jetzigen Ober-
bürgermeister, Joachim Erwin, auf dieses Thema
»einzuschwören«. Besonders bei vielen Wahl-
kampf-Diskussionen in den Schulen konnte mit
diesem Thema gepunktet werden – was aber zu-
gleich eine starke Verpflichtung bedeutete.

Nach der erfolgreichen Wahl musste also ge-
handelt werden. Zuerst wurden die Mittel er-
höht: Für die rund 90 weiterführenden Schulen
in Düsseldorf gab es bis dato gerade einmal ei-
nen jährlichen Etat von 350.000 Mark. Dies ent-
spricht exakt fünf Informatikräumen nach al-
tem Standard. Um das Handeln der neuen Rat-
hausmehrheit zu dokumentieren, wurden hier
noch im letzten Jahr 1,8 Millionen Mark zuge-
führt. Zeitgleich wurde im Schulausschuss eine
Anfrage gestellt, mit der die Verwaltung unter
anderem die derzeitigen Ausstattungsrichtlini-

en und ein PC-Inventar aller Schulen darlegen sollte. Dies
hatte dann die ernüchternde Wirkung, dass auch der schöne
neue Etat bei weitem wohl nicht reichen würde.

Schließlich kann das Ziel nicht nur darin bestehen, die wei-
terführenden und berufsbildenden Schulen mit je einem
Computerraum auszustatten. Vielmehr muss das Internet
fächerübergreifenden Einsatz finden, um wirkliche Medien-
kompetenz zu vermitteln. Dazu sind jedoch neben Notebooks
mit Beamern vor allem medienkompetente Lehrer notwen-
dig. Außerdem dürfen die Grundschulen nicht außen vor
bleiben, denn den Schülern sollte möglichst früh eine posi-
tive Einstellung zu Computern vermittelt werden. Schnell
stellt sich wieder die Budget-Frage.

Initiative »eCity Düsseldorf«

Grund genug, in Düsseldorf die Initiative »eCity Düssel-
dorf« ins Leben zu rufen. Mit einem Ratsbeschluss im Stadtrat
wurde im März 2000 neben Förderprogrammen zu eGovern-
ment und eCommerce vor allem eine Neukonzeption für die
Computerausstattung an den Schulen beschlossen. Darin ent-
halten ist zunächst eine Neudefinition und damit Vereinfach-
ung der Ausstattungsstandards in vier Stufen. In der letzten
Stufe sollen alle Düsseldorfer Schüler eigene Notebooks be-
kommen, ein Pilotprojekt an zwei Berufsschulen läuft da-
zu gerade an. Hier leisten die Schüler einen Eigenanteil, der
Rest der Finanzierung wird von den ausbildenden Unterneh-
men und der Stadt getragen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Lehrerqualifikation:
Hier werden nicht nur die bestehenden Angebote gebündelt,
sondern auch die Eigenqualifizierung einbezogen. Dies be-
deutet, dass medienkompetente Lehrer die Kollegen an ihrer



Thomas
Jarzombek

Exklusiv-Infos

Leser der ENTSCHEIDUNG, die in ihrem JU-Ver-
band eine ähnliche Initiative starten möchten,
erhalten Anfrage, Antrag und ergänzendes
Material unter:

<http://www.jarzombek.de/entscheidung/>

Schule fortbilden, statt teure Seminare zu buchen; ein Ansatz, der sich in Köln bereits bestens bewährt hat. Aber auch für die Schüler soll hier etwas passieren: Neben den üblichen Maßnahmen (z.B. Schülerwettbewerbe), soll ein Trainingszentrum für angehende IT-Spezialisten über das Internet aufgebaut werden.

Mit diesem Beschluss konnte das Finanzierungsproblem allerdings ebenfalls nicht gelöst werden. Zur Hilfe kam hier der Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen, der die rot-grüne Landesregierung dazu bewog, einmalige Sondermittel für die PC-Ausstattung an den Schulen bereitzustellen. Dies sind für Düsseldorf rund 1,5 Millionen Mark; hinzu kommen noch die regulären 300.000 Mark des Landes. Zusätzlich stellte der Düsseldorfer Oberbürgermeister eine weitere Million Mark im Rahmen des Haushaltes zur Verfügung. Insgesamt stehen damit in diesem Jahr rund fünf Millionen Mark zur Verfügung, was zunächst ausreichen wird. Außerdem wurden die Computer nicht gekauft, sondern geleast. Damit lässt sich schnell eine durchgehende Modernisierung erreichen und eine Reduzierung der Mittel in den nächsten Jahren verhindern.

Doch all dies wird eher als Grundstein denn als dauerhafte Lösung verstanden. Denn nirgendwo ist die Entwicklung schneller als im IT-Bereich. Eine permanente Weiterentwicklung ist von zentraler Bedeutung. Derzeit wird daran gearbeitet, die Schulen über ADSL an das Internet anzubinden und den Schülern auch zu Hause einen kostenlosen Internet-Zugang bereitzustellen. Dazu wird ein Einstiegsportal erstellt, das mit Hilfe von Werbung den kostenlosen Zugang ermöglicht. So soll in den nächsten Jahren eine deutlich bessere Qualifizierung der Schüler in Sachen Informationstechnik erreicht werden. Denn nicht nur der Bedarf an IT-Spezialisten ist in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen – auch in allen anderen Berufen hat man ohne fundierte IT-Kenntnisse schlechte Karten. ■

Thomas Jarzombek (tj@jtc.de) ist Kreisvorsitzender der JU Düsseldorf und seit Herbst 1999 Mitglied des Düsseldorfer Stadtrats mit den Schwerpunkten Schule und Organisation.

»Schulen ans Netz«

Rainer Gross ist seit 1997 Arbeitskreisleiter »Schulen ans Netz« des Vereins Digitale Stadt Düsseldorf e.V. Seit Mitte dieses Jahres koordiniert er in der Düsseldorfer Schulverwaltung die Initiative »eSchool«.



ENTSCHEIDUNG: *Wie lange arbeiten Sie nun schon an Schulen ans Netz/eSchool?*

Gross: Seit Frühjahr 1996. Zu dieser Zeit wurde die Initiative »Schulen ans Netz« vom damaligen Bundesbildungsminister Rüttgers und Telekom-Chef Sommer ins Leben gerufen. Die grundsätzlichen Informationen habe ich nach dem ersten Tele-Learning Symposium im Dezember 1995 in Bonn erhalten.

ENTSCHEIDUNG: *Wieso ist das Thema Internetversorgung der Schulen so wichtig?*

Gross: Schulen ans Netz ist ein Imperativ, der auf die Notwendigkeit der Einbeziehung von Informationstechnologien in die Lernsituationen der Schule hindeutet. Die Beherrschung dieser Technologien ist im täglichen Leben, besonders aber der Berufswelt, unabdingbar. Das Erlernen dieser Schlüsselqualifikation hat meiner Meinung nach den Rang einer Kulturtechnik.

ENTSCHEIDUNG: *Wo liegen Ihrer Meinung nach die größten Schwierigkeiten?*

Gross: Es sind nicht nur die fehlenden Computer, die die Umsetzung der Aktion behindern. Dies ist sehr wichtig, aber nicht alles. Die Lehrerkollegien sind überaltert. Es finden sich nicht genügend Pädagogen, die bereit und in der Lage sind, sich dieser Thematik engagiert anzunehmen. Vielfach liegt das Wissensmonopol bei der Handhabung der Informationstechnik in der Schule nicht mehr, wo es liegen sollte: beim Lehrer. Hier kann geeignete Fortbildung helfen.

ENTSCHEIDUNG: *Welche Projekte planen Sie für die Zukunft?*

Gross: In Düsseldorf sind über hundert Schulen an das Internet angeschlossen. Leider sind nur wenige Grundschulen bisher dabei. Dies wird sich in Kürze ändern, da durch erhebliche Mittelaufstockung jetzt auch zunehmend Grundschulen einen Internetzugang bekommen. Es gilt jetzt, Internet und die Informationstechnologien zum integralen Bestandteil des Unterrichtes zu machen. Zugang zum »Netz der Netze« muss vor Ort in jeder Klasse und in jeder Unterrichtssituation möglich sein. Hier planen wir mobile Einheiten, die den Gang in einen sterilen Computerraum überflüssig machen und damit die Hemmschwelle, das neue Medium zu nutzen, deutlich verringern. Weiterhin setzen wir besonders im Hauptschulbereich auf die Möglichkeit der frühzeitigen Qualifizierung der Jugendlichen, damit auch ihnen die neuen IT-Berufe offenstehen. Es fehlen der Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte – eine bekannte Tatsache. Wir in der Stadt Düsseldorf sehen hier eine Chance, die sogenannten weichen Standortfaktoren in positivem Sinne zu beeinflussen. Wachstum in der IT-Branche kann es nur geben, wenn genügend Arbeitskräfte verfügbar sind.

Bürgerfunk: JU on Air

DOMINIQUE RONDE

Durch die Mediengesetze sind die meisten Lokalsender verpflichtet, Teile der Sendezeit für den sogenannten Bürgerfunk zur Verfügung zu stellen. In Leverkusen produziert die Arbeitsgemeinschaft Bürgerfunk Beiträge für den Bürgerfunk. Sie stellt das Studio zur Verfügung, in dem alle interessierten Vereine und Bürgergruppen Sendungen nach eigenen inhaltlichen Vorstellungen herstellen können.

»Blackline«

Seit 1998 beteiligt sich auch der JU-Kreisverband Leverkusen regelmäßig mit ganzstündigen Sendungen im lokalen Sender Radio Leverkusen. Die JU-Produktionsgruppe »Blackline« besteht aus vier Radiomachern und berichtet in erster Linie von den Aktionen der Jungen Union.

Jedes Thema wird zweimal aufgegriffen: Einmal mit einer Vorberichterstattung vor der Aktion, um entsprechend Resonanz zu erreichen; ein weiteres Mal nach der Aktion mit einer Reportage über die Ergebnisse. Außerdem werden Sendungen zu den Problemen der Jugendlichen produziert und die wichtigen kommunalen Politiker vorgestellt. Hilfreich ist es dabei, daß der JU-Vorsitzende Christopher Krahorst seit vergangem Jahr das jüngste Leverkusener Ratsmitglied ist. Die JU versucht stets, objektiv und sachlich zu informieren, ohne jedoch dabei auf eine Wertung zu verzichten.

Die Sendungen laufen im Augenblick mindestens einmal monatlich auf Radio Leverkusen. Das Ziel der JU-ler liegt bei drei Sendungen im Monat.

Interessenten zum Thema Bürgerfunk können sich bei der Jungen Union Leverkusen, Postfach 101346, 51303 Leverkusen informieren (blackline@leverkusen.com, www.leverkusen.com/ju/blackline). ■



Finanzierung der internationalen Arbeit

Die Junge Union ist seit vielen Jahren im Bereich der internationalen Jugendarbeit tätig. Insbesondere in den Orts-, Stadt- und Kreisverbänden bestehen seit vielen Jahren dauerhafte Verbindungen zwischen der Jungen Union und Partnerorganisationen. Bildungsarbeit wird finanziell gefördert, zum Beispiel durch den Landesjugendplan. Die Landesgeschäftsstellen geben hierzu weitere Informationen. Zusätzlich gibt es in einigen Kommunen Mittel, die über den Ring Politischer Jugend vergeben werden. Auch hier lohnt es nachzufragen.

Förderung durch Ministerium

Auf Bundesebene fördert der Kinder- und Jugendplan des Bundes internationale Jugendbegegnungen. Jeder Verband, der Interesse hat, einen Kontakt mit einer Partnerorganisation aufzubauen kann hier einen Antrag stellen. Da die Mittel sehr weit im voraus vergeben werden ist es allerdings notwendig, dass die Voranträge bis September an das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend weitergeleitet werden. Die Bundesgeschäftsstelle benötigt dazu bis Mitte September 2000 eine grobe Programmplanung inklusive Finanzierungsplan. Bis Anfang des Folgejahres liegen dann in der Regel die Bewilligungen vor. Es können jedoch in der Regel nur Mittel aus einem Topf beziehungsweise nur bis zu einer bestimmten Höhe in Anspruch genommen werden; eine Doppelförderung ist ausgeschlossen. ■

Nähere Informationen, Vordrucke usw. sind ab sofort im Inside-Bereich der JU-Internet-Seiten zu finden und bei Frank Lochthove (030/27 87 87-18 oder per E-Mail flochthove@junge-union.de) erhältlich.

JU vor Ort: Frischlucht und Schüler Union gründen

STEFFEN BILGER

Für JU-Verbände gibt es verschiedene Möglichkeiten, ein breiteres Neumitglieder-Spektrum ansprechen zu können.

Zwei Varianten sind der Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. und die Schüler Union, die in jedem JU-Verband gegründet werden können.

Frischlucht e.V.

Der 1989 gegründete Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. versteht sich als Teil der christlich-demokratischen Bewegung im vopolitischen Raum und hat seinen Schwerpunkt in der Jugendarbeit. Zum Angebot gehört ein breit gefächertes Bildungsprogramm, Seminare, Reisen, Jugendcamps, Kultur- und Umweltprojekte oder die Betreuung von eigenen Jugend- und Freizeithäusern. Der Frischluft-Bundesverband ist als deutschlandweiter Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) anerkannt. Öffentliche Fördermaßnahmen sind für diesen Verband viel leichter zugänglich als für eine Parteigliederung. Für die JU ist Frischluft ein idealer Kooperationspartner, da die dahinterstehenden politischen Grundüberzeugungen den unrigen vergleichbar sind, und Frischluft die Vorteile eines eingetragenen gemeinnützigen Vereins nutzen kann.



Die Gründung eines Frischluft-Kreisverbandes ist denkbar einfach: Da jeder Kreisverband selbst als eingetra-

gener Verein (e.V.) besteht, müssen für die Gründung sieben Personen gefunden werden. Zunächst wird ein Vorstand gewählt, der für die Eintragung des Verbandes beim zuständigen Amtsgericht und für die vom Finanzamt zu erteilende Gemeinnützigkeit. Eine dem Amtsgericht und dem Finanzamt vorzulegende Satzung stellt der Frischluft-Bundesverband zur Verfügung. Nachdem diese Formalien erledigt sind, kann die Jugendarbeit als freier Träger beginnen.

Schüler Union

Die 1972 gegründete Schüler Union stellt eine Ergänzung zur Jungen Union dar; nicht nur, weil ihr Eintrittsalter bei zwölf Jahren liegt. Sie ist, anders als Frischluft, als Arbeitsgemeinschaft der Jungen Union und Sonderorganisation von CDU und CSU Teil der Union. Die SU hat bessere Möglichkeiten, an Schulen aktiv zu werden, da sie von den Schulleitungen eher geduldet wird als Parteien oder deren etablierte Jugendverbände.

Für eine Gründung sollte ein engagierter Schüler aus der JU oder ein Interessent, der zur Schule geht gefun-

den werden. Wichtig ist dabei intensiver Kontakt zur JU, und daß diese den neuen SU-Verband ideell, und wenn nötig auch finanziell unterstützt. Sobald einige Schüler sich für die SU begeistern lassen, kann ein SU-Verband auf Kreis-, Orts- oder Schulebene gegründet werden, indem ein Vorstand gewählt wird, der die weiteren Aktivitäten koordiniert. Ein funktionierender SU-Verband schafft meistens in kurzer Zeit ein großes Potential an Neumitgliedern für die Junge Union. Die »Hemmschwelle«, der SU beizutreten ist erheblich geringer, weil die Mitgliedschaft kostenlos ist und die SU nicht unmittelbar der Mutterpartei zugerechnet wird. ■

Kontakte

Schüler Union Deutschlands
Inselstraße 1b · 10179 Berlin
Tel.: 0 30/27 87 87-0 · Fax: 0 30/27 87 87-20
E-Mail: mark@schueler-union.de
www.schueler-union.de

Frischlucht e.V.
Annaberger Straße 283 · 53175 Bonn
Tel.: 02 28/31 00 03 · Fax: 02 28/31 47 03
E-Mail: vorstand@frischluft-ev.de
www.frischlucht-ev.de

Schüler helfen Senioren ins Internet!
Christian Reinke (Mitte) und
Christian Kurrat (rechts)



»Rock im Wald« on stage!

Kommunale Ideenbörse

Das Rad nicht in jeder Gemeinde neu erfinden

Ende 1998 wurde mit der »Kommunalen Ideenbörse« eine Plattform geschaffen, kommunalpolitische Vorhaben und regionale Projekte vorzustellen, die auch für andere JU-Verbände interessant sein könnten.

Nicht in jeder Gemeinde muss das Rad neu erfunden werden. Warum nicht einfach eine gute Idee übernehmen und von den anderen profitieren?

Viele interessierte Kommunalpolitiker haben sich gemeldet und Projekte in ihrer Stadt angeregt. Das zeigt: Die Kommunale Ideenbörse ist für die Junge Union Deutschlands eine Chance.

Die Basisausgabe soll der Auftakt für die Vorstellung weiterer Projekte sein, deren Konzepte an die ENTSCHEIDUNG geschickt werden. (ft) ■

Ideen für Aktionen vor Ort

Aktion »Schüler helfen Senioren im Internet«

Unter dem Motto »Schüler helfen Senioren im Internet« hat die Schüler Union Hagen eine Homepage für den Hagener Kreisverband der Senioren-Union erstellt. Die Schüler und Senioren sehen in dieser Aktion eine gute Möglichkeit zum Austausch. »Jung und Alt müssen zusammenhalten«, so Homepage-Initiator Christian Kurrat, inzwischen Kreisvorsitzender der JU Hagen. »So wie wir der Senioren-Union den Umgang mit dem Internet beibringen, können wir junge Menschen von der Lebenserfahrung der älteren Generation lernen«.

Kreisverbands-Rockfestival

Rock-Klänge, Spanferkel und Bier vom Fass: Kein Wunder, dass die Stimmung beim »Rock im Wald«-Festival der Jungen Union im Landkreis Fürth überkochte. Die beiden Bands »Supersonic« und »Soulution« spielten. Über 700 tanzwütige Besucher feierten so ausgelassen, dass die Organisatoren mehrfach Getränke nachholen mussten. JU-Kreisvorsitzender Robert Treffny: »Das nächste Festival ist schon in Planung.« 2001 soll die Schallgrenze von tausend Besuchern durchbrochen werden... ■



Die Webtester



Ammar Alkassar
KV Saarpfalz
Stadtverbandsvor-
sitzender Homburg,
Landesvorstand
(Neue Medien)
24 Jahre
ammar.alkassar@jusaar.de



Johannes Götte
KV Recklinghausen
Ortsvorstand Dorsten,
Kreisvorstand
27 Jahre
Johannes.goette@gmx.de



Claudia Hausberger
KV Mühldorf
(Oberbayern)
Kreisvorsitzende,
stellv. Bezirks-
vorsitzende
28 Jahre
Claudia.Hausberger@vibrio.de



Thomas Krämer
KV Ortenau
(Südbaden)
Ortsvorsitzender
Mittleres Kinzigtal
29 Jahre
mail@thomas-kraemer.de



Malte Steckmeister
KV Stormarn
(Schleswig-Holstein)
Kreisvorsitzender,
Landesvorstand
(Neue Medien)
28 Jahre
malte@stecki.de

Das Webangebot der JU-Basis nimmt weiter zu. Von 287 Webseiten waren aber nur 205 bewertungsfähig. Gemeinsame Testsieger sind JU Fürth-Land (www.fuerth-land.de) und JU Saarpfalz (www.junge-union.org/saarpfalz)

Die Stunde der Wahrheit für alle JU-Webmaster: WEBTEST III. Im Zeitraum vom 22. Juli bis 10. August haben fünf geduldige JU-Tester 287 Homepages von JU-Kreisverbänden unter die Lupe genommen. Wie bei den vorangegangenen Tests wurden Aktualität, Inhalt (beide doppelt) und Design (einfach) bewertet. Bei 82 Seiten musste leider der Testdaumen nach unten zeigen: Error 404, Baustelle oder nackte Seite mit Kontaktadresse.

Nummer eins und zwei aus WEBTEST II bilden auch dieses Mal die jetzt gemeinsame Spitze. Damit beweisen Fürth-Land und Saarpfalz nicht nur Internetkompetenz, sondern vor allem Kontinuität. Diese Kontinuität fehlt einem Großteil die JU-Angebots. Immer noch ist es verbreitete Unsitte, die Homepage nur in Wahlzeiten zu aktualisieren. Doch damit kann keine »Stammesbesucherschaft« gewonnen werden! Eine positive Tendenz ist die zunehmende Anzahl von Fotos und JU-Galerien, die auf den Seiten veröffentlicht werden. Diese Kunstwerke betrachten sich gewiss nicht nur diejenigen, die auf dem Polit-Talk, der Party oder der Expo-Fahrt dabei waren. Fotos sind das beste Mittel, einer anonymen Webseite Leben einzuhauchen und dem Verband ein menschliches Online-Gesicht zu geben. Um regelmäßig Infos und Ankündigungen ausgeben zu können, bieten Kreisverbände Newsletter an. Leider scheint dieser Service aber noch sehr unterentwickelt zu sein. Zur Preisverleihung: Die TOP10 der JU erhalten ei-

DANIEL WALTHER

ne Auszeichnung – den Web-Award der ENTSCHEIDUNG (auf Widerruf!). Herzlichen Glückwunsch!

Unter www.entscheidung.de befinden sich in Ergänzung zur Printausgabe die einzelnen Ergebnisse der fünf Tester: insgesamt über 3.800 Bewertungen und Durchschnittsnoten. Neutral blieben die JU-Tester natürlich bei der Bewertung des jeweils eigenen Kreisverbandes. Den Lesern, die ihren Kreisverband vergeblich suchen, sei noch vor der beklagenden Email geraten, erst zu prüfen, ob der betreffende Verband überhaupt im Linkverzeichnis von www.junge-union.de eingetragen ist. Bis WEBTEST IV bleibt die Aufforderung bestehen: TOP-Seiten anklicken und Ideen holen! ■

Daniel Walther
(25, walther@ju.brandenburg.net)
ist Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union.

	Inhalt	Design	Aktualität	Gesamtnote
1. Fürth-Land	1,5	2,5	1,5	1,7
Saarpfalz	1,5	3,0	1,3	1,7
3. Limburg-Weilburg	2,0	2,2	1,4	1,8
4. Göppingen	2,4	3,2	2,0	2,4
Hochsauerlandkreis	3,2	2,6	1,6	2,4
6. Leipzig	2,2	2,8	2,6	2,5
7. Gelsenkirchen	2,8	3,8	1,8	2,6
Karlsruhe-Land	2,4	3,6	2,2	2,6
9. Alb-Donau-Ulm	3,0	3,3	2,0	2,7
10. Flensburg	3,4	3,4	2,0	2,8
Heidenheim	3,6	3,0	1,8	2,8
Hof-Land	3,8	3,0	1,6	2,8
Krefeld	3,4	3,8	1,8	2,8
Schwäbisch-Hall	3,8	2,8	1,8	2,8
St. Wendel	3,8	3,6	1,4	2,8
16. Leverkusen	3,4	4,4	1,6	2,9
17. Hildesheim-Stadt	2,6	5,0	2,4	3,0
Ostprignitz-Ruppin	3,6	4,8	1,6	3,0
19. Kronach	4,2	3,8	1,6	3,1
Reinickendorf	4,8	3,3	1,4	3,1
Tempelhof-Schöneberg	4,4	3,6	1,6	3,1
22. Gotha	3,6	3,8	2,6	3,2
Potsdam-Mittelmark	4,2	4,2	1,8	3,2
Reutlingen	4,4	3,4	2,0	3,2
Stuttgart	4,0	4,6	1,8	3,2
Würzburg-Land	3,8	3,4	2,6	3,2
Zollernalb	4,2	3,2	2,2	3,2
28. Lindau	4,0	4,0	2,2	3,3
Münster	3,2	5,2	2,4	3,3
Südliche Weinstraße	3,8	3,6	2,6	3,3
Weimarer Land	3,6	3,8	2,8	3,3
32. Coesfeld	4,6	4,4	1,6	3,4
Doberan	4,0	4,0	2,6	3,4
Hamburg-Nord	4,2	4,6	2,0	3,4
Memmingen	4,0	5,0	2,0	3,4

	Inhalt	Design	Aktualität	Gesamtnote
Osnabrück-Land	4,0	5,0	2,0	3,4
37. Amberg-Sulzbach	3,8	5,0	2,4	3,5
Augsburg	4,0	3,6	3,0	3,5
Bremen-Nord	3,8	4,3	2,8	3,5
Frankenthal	4,6	4,6	1,8	3,5
Minden-Lübbecke	4,0	5,0	2,2	3,5
42. Berlin-Mitte	4,6	3,2	2,8	3,6
Göttingen	4,4	5,2	2,0	3,6
Kiel	4,8	5,0	1,6	3,6
Köthen/Anhalt	3,8	5,8	2,4	3,6
Oberberg	3,6	4,4	3,2	3,6
Steglitz/Zehlendorf	4,7	3,3	2,7	3,6
48. Augsburg-Land	4,8	4,6	2,2	3,7
Groß-Gerau	4,0	4,8	2,8	3,7
Neu-Ulm	5,0	4,8	1,8	3,7
Rems-Murr	5,0	4,4	2,0	3,7
52. Bielefeld	4,4	5,2	2,8	3,8
Erding	4,6	3,0	3,4	3,8
Essen	5,0	4,8	2,0	3,8
Nürnberg Land	4,8	4,0	2,6	3,8
Rastatt	4,4	4,2	3,0	3,8
Rostock	4,8	5,0	2,2	3,8
58. Borna	4,4	3,8	3,4	3,9
Bonn	5,4	4,4	2,2	3,9
Chemnitz	5,0	3,8	2,8	3,9
Gera	5,2	5,2	2,0	3,9
Steinfurt	3,8	5,4	3,2	3,9
Tuttlingen	4,8	5,2	2,4	3,9
64. Ebersberg	5,3	4,5	2,5	4,0
Güstrow	4,4	5,8	2,6	4,0
Hochtaunus	4,2	4,0	3,8	4,0
67. Berchtesgadener Land	4,6	5,2	3,0	4,1
Hamelndorfer Pforte	3,6	7,4	3,0	4,1
Mark	5,4	5,6	2,0	4,1
Neukölln	4,2	3,2	4,4	4,1

	Inhalt	Design	Aktualität	Gesamtnote
Recklinghausen	5,5	4,8	2,4	4,1
Weinstraße	5,3	5,3	2,3	4,1
73. Bergstraße	5,4	5,2	2,4	4,2
Herford	4,2	5,0	3,8	4,2
Schweinfurt-Land	5,5	5,8	2,0	4,2
Trier-Saarburg	5,0	4,8	3,0	4,2
77. Altötting	4,8	4,4	3,8	4,3
Celle	4,8	4,6	3,6	4,3
Lingen	5,4	4,6	3,0	4,3
Mühldorf am Inn	4,3	5,2	3,8	4,3
Rheingau-Taunus	4,8	5,8	3,0	4,3
Wesel	5,8	4,4	2,8	4,3
83. Bayreuth-Stadt	5,2	4,2	3,6	4,4
Lippe	5,2	4,0	3,8	4,4
85. Saarbrücken-Stadt	3,4	4,6	5,6	4,5
Starnberg	4,6	3,6	5,0	4,5
Würzburg-Stadt	4,3	5,3	4,3	4,5
88. Bad Dürkheim	6,4	4,4	3,0	4,6
Wuppertal	4,8	4,8	4,2	4,6
90. Braunschweig	6,4	4,6	3,0	4,7
Kleve	5,3	5,5	3,8	4,7
Konstanz	6,6	5,2	2,6	4,7
93. Cham	6,0	6,2	3,0	4,8
Darmstadt-Dieburg	6,6	5,0	2,8	4,8
Emmendingen	5,8	4,6	4,0	4,8
Fürstfeldbruck	4,6	4,0	5,4	4,8
Herne	7,2	5,6	2,0	4,8
Ingolstadt	5,6	4,6	4,0	4,8
Märkisch-Oderland	5,8	7,0	2,8	4,8
München-West	4,8	5,4	4,4	4,8
Nürnberg-Ost	5,6	4,0	4,4	4,8
Schwarzwald-Baar	4,0	4,4	5,8	4,8
Stormarn	5,3	4,8	4,3	4,8
104. Miltenberg	4,8	5,0	5,0	4,9
Saarlouis	3,3	4,0	7,0	4,9
Wuhletal	5,6	6,6	3,4	4,9



Award: Die beiden grünen verbundenen @-Zeichen auf grauem Grund bilden den neuen Web-Award der ENTSCHEIDUNG. Ihn erhalten die TOP10 der JU-Webseiten.



Fürth-Land I: Die Webseite des (Mit-)Testsiegers zeichnet sich vor allem durch seine interessanten Inhalte aus. Die Rubrik »Brandheiß« enthält eine umfangreiche Sammlung von JU- und CSU-Meinungen zu aktuellen politischen Diskussionen (z.B. Bundeswehr, Rente, Extremisten). Eine weitere Besonderheit: der mit Passwort geschützte Mitgliederbereich. Wohl eher für die Schüler Union gedacht ist die JU-eigene Haus- und Facharbeiten-Börse mit bisher allerdings noch wenig Inhalt.



Fürth-Land II: Einen extra Web-Bereich haben die Jüler aus Franken für ihre jährliche Kult-Party »Rock im Wald« geschaffen, die jetzt zum zweiten Mal intensiv online begleitet worden ist. Die Foto-Galerie ist enorm groß.



Limburg: Die »beste Seite« der JU Hessen präsentiert gute Ideen: permanente Anzeige der Mitgliederentwicklung (Chart), nette JU-Grafiken-Sammlung, örtlicher Kneipenführer mit besonderer Schlagseite zu Weizenbierpreisen, »Hauptstadtbriefe« des örtlichen MdB's zum Download, große Foto-Galerie (alleine 30 Stück vom letzten Besuch der Münchner Wies'n) und gut umgesetzte Inhalte zum Kommunalwahlkampf 2001.



Saarpfalz I: Trotz großer Infomenge sehr übersichtlich durch Einsatz einer Datenbank. Alle Kampagnen sind vollständig dokumentiert: zum Beispiel »Mitglieder Top«, »Grüner Wahnsinn« oder »schneller-besser-12«. Basisinformationen über den Kreisverband werden auch auf Französisch und Englisch angeboten.



Saarpfalz II: Lesenswert ist bei der JU Saarpfalz die Vorstellung des Vorstandes, dem sich nach Namen, Funktion und Telefonnummer einige Fragen anschließen. Beisitzerin Susanne Adler zum Beispiel auf die Frage nach dem Besonderen in der JU: »Großer, positiver Bekanntheitsgrad hinsichtlich Zusammenhalt (vor allem sicheres Auftreten nach außen) und engagierter Teamarbeit. Trotzdem viel Spaß und fast unerreichtes »Talent zum Partyschmeißen«. Gute Organisation! Ständig sind Ansprechpartner vorhanden und es entsteht (zumindest für die Öffentlichkeit) kein Eindruck von Chaos.«



Göppingen: Auffallend gut sind bei den viertplatzierten JÜlern aus Göppingen die Grafiken. Nachahmenswert: aktuelle Umfrage zur Kampfhunde-problematik, übersichtliches Download-Area und vor allem Adressenliste der örtlichen JU-Mandatsträger.

	Inhalt	Design	Aktualität	Gesamtnote
107. Dortmund	6,2	6,4	3,0	5,0
Germersheim	5,6	5,6	4,0	5,0
Neunkirchen/Saar	4,4	5,0	3,2	5,0
Pirmasens	5,6	6,0	3,8	5,0
Westerwald	6,6	5,2	3,2	5,0
112. Bad Kreuznach	5,3	4,3	5,3	5,1
Coburg-Land	6,0	5,4	4,0	5,1
Mettmann	6,0	6,0	3,8	5,1
Ostalb	6,0	6,3	3,5	5,1
Prenzlauer Berg/				
Pankow/Weiensee	5,6	3,8	5,2	5,1
Wiesbaden	5,8	6,0	4,0	5,1
118. Freyung-Grafenau	4,8	6,8	4,8	5,2
Hamburg-Mitte	7,8	5,4	2,6	5,2
120. Amberg-Stadt	5,4	4,0	5,8	5,3
Spree-Neiße	4,8	4,6	6,2	5,3
Uckermark	6,0	7,3	3,7	5,3
Waldeck-				
Frankenberg	6,2	5,4	4,4	5,3
124. Frankfurt/Oder	6,2	4,4	5,2	5,4
125. Esslingen	4,8	5,5	6,3	5,5
Main-Kinzig	5,6	6,5	5,0	5,5
127. Aschaffenburg-Land	6,0	6,4	4,8	5,6
Lübeck	3,8	5,4	7,6	5,6
Neustadt a.d.				
Weinstraße	5,2	3,0	7,4	5,6
Rhein-Sieg	5,0	3,3	2,3	5,6
131. Fürth-Stadt	5,3	5,7	6,0	5,7
Köln	5,2	4,8	6,6	5,7
Osnabrück-Stadt	7,4	5,2	4,2	5,7
134. Regen	6,2	5,2	5,6	5,8
Schleswig-				
Flensburg	4,5	4,3	7,8	5,8
136. Heilbronn	6,3	7,0	5,0	5,9
Ludwigsburg	5,8	3,8	7,0	5,9
138. Bitburg-Prüm	6,2	5,2	6,2	6,0
Plön	5,4	5,2	7,0	6,0
Treptow/Köpenick	5,3	4,5	7,5	6,0
141. Frankfurt	4,4	4,8	8,4	6,1
Freiburg	6,6	5,2	6,0	6,1
Karlsruhe-Stadt	6,6	5,8	5,8	6,1
144. Barnim	5,4	5,8	7,2	6,2
Bodensee	6,6	5,2	6,2	6,2
Freiburg	5,6	5,4	7,2	6,2
Heidelberg	6,0	6,0	6,4	6,2
Höxter	6,0	6,6	6,2	6,2
Ortenau	6,8	7,0	5,2	6,2
Sonneberg	7,6	7,6	4,0	6,2
151. Neumarkt i.d. OPf.	8,6	6,6	8,2	6,3
152. Bremen	5,8	4,8	7,8	6,4
Paderborn	6,4	5,8	6,8	6,4
154. Mönchengladbach	5,8	6,2	7,4	6,5
Neustadt a.d.				
Waldnaab	6,8	7,2	5,8	6,5
Peine	7,0	6,8	5,8	6,5
157. Mülheim an				
der Ruhr	7,0	7,4	5,8	6,6
Wolfsburg	6,6	6,0	6,8	6,6
159. Ansbach-Land	5,8	5,4	8,2	6,7
Diepholz	7,4	6,6	6,0	6,7
Euskirchen	6,4	6,4	7,2	6,7
Nürnberg-Nord	6,2	6,2	7,4	6,7

	Inhalt	Design	Aktualität	Gesamtnote
163. Tübingen	6,6	5,6	7,6	6,8
164. Hagen	6,8	4,3	8,3	6,9
Kaiserslautern	6,2	5,8	8,2	6,9
Koblenz	7,4	6,0	6,8	6,9
München-Mitte	7,6	6,2	6,6	6,9
168. Chemnitzer Land	6,3	5,5	8,5	7,0
Emden	6,0	6,4	8,4	7,0
Lüchow-				
Dannenberg	6,8	5,2	8,2	7,0
Soest	7,2	6,6	7,0	7,0
172. Kassel-Land	6,6	5,8	8,2	7,1
Ostholstein	6,6	5,6	8,4	7,1
174. München-Ost	6,8	6,6	7,8	7,2
Rosenheim-Land	6,4	7,0	8,0	7,2
Spandau	6,8	6,6	7,8	7,2
177. Düsseldorf	6,6	5,0	9,2	7,3
Rottweil	6,8	7,0	8,0	7,3
Warendorf	7,7	6,3	7,3	7,3
Weißenfels	8,0	6,7	7,0	7,3
Wittenberg	7,6	4,4	8,4	7,3
182. Eisenach	7,8	6,3	4,3	7,4
Rheinisch-				
Bergischer-Kreis	6,8	6,0	8,8	7,4
Wetterau	7,4	5,6	8,3	7,4
185. Forchheim	7,6	6,6	7,8	7,5
Uelzen	7,0	6,8	8,4	7,5
187. Altona/Elbvororte	7,8	6,8	8,2	7,8
Nienburg	7,6	7,4	8,2	7,8
Vogelsberg	7,4	6,4	9,0	7,8
190. Darmstadt	8,0	7,6	8,0	7,9
Neustadt-				
Bad Windsheim	8,0	6,2	8,6	7,9
192. Hof-Stadt	7,6	7,2	8,8	8,0
Neckar-Odenwald	6,6	7,4	9,6	8,0
Rhein-Neckar	7,4	6,8	9,2	8,0
Sigmaringen	6,8	6,6	9,8	8,0
Waldshut	7,6	7,0	9,0	8,0
197. Elbe-Elster	7,8	7,2	9,2	8,2
Schaumburg	7,6	6,2	9,8	8,2
199. Hohenlohe	8,2	7,8	9,0	8,4
Müritz	10,04	0,90	8,4	
201. Calw	7,5	8,3	9,5	8,5
Jerichower Land	8,0	6,8	9,8	8,5
203. Soltau-Fallingb.ostel	8,2	8,4	9,6	8,8
204. Coburg-Stadt	7,3	5,0	10,0	8,9
205. Schwalm-Eder	9,2	7,4	9,6	9,0

Nicht bewertbare Homepages
(Tote Links, im Aufbau, nur Kontaktadresse)

- Aachen
- Ammerland
- Aschendorf-Hümming
- Böblingen
- Bochum
- Borken
- Brandenburg
- Cloppenburg
- Cottbus
- Dahme-Spreewald
- Dithmarschen
- Eichsfeld
- Enzkreis/Pforzheim
- Erftkreis
- Gießen
- Goslar
- Grafschaft Bentheim
- Gütersloh
- Halberstadt
- Halle/Saale
- Hamburg-Eimsbüttel
- Hannover
- Hannover-Land
- Havelland
- Heinsberg
- Landau
- Landsberg am Lech
- Ludwigshafen-Land
- Ludwigshafen-Stadt
- Main-Taunus
- Mainz
- Mannheim
- Marburg-Biedenkopf
- Mittleres Erzgebirge
- München-Land
- München-Milbertshofen
- München-Süd
- München-Süd-West
- Neuburg-Schrobenhausen
- Neumünster
- Neuss
- Nordfriesland
- Northeim
- Nürnberg West
- Nürnberg-Süd
- Oberhausen
- Oberhavel
- Oberspreewald Lausitz
- Oder-Spree
- Oldenburg-Land
- Oldenburg-Stadt
- Passau-Land
- Passau-Stadt
- Pinneberg
- Pirna-Sebnitz
- Potsdam
- Prignitz
- Regensburg-Land
- Regensburg-Stadt
- Remscheid
- Schwabach
- Schwerin
- Segeberg
- Solingen
- Sömmerda
- Stade
- Steinburg
- Südwestpfalz
- Teltow-Fläming
- Tirschenreuth
- Traunstein
- Unna
- Viersen
- Weiden
- Weilheim-Schongau
- Weimar
- Weissenburg-Gunzenhausen
- Wernigerode
- Werra-Meißner
- Wesermarsch
- Wolfenbüttel
- Worms

Wenn Journalisten mit Politikern reden

HANS-JÖRG HEIMS

Ob Kreistag oder Kabinett: Vom richtigen Umgang mit den Medien



ES MENSCHELT

DR. ANDREAS PÜTTMANN

Solche Reaktionen sind parteiübergreifend zu beobachten, wobei die Schmerzgrenze bei Sozialdemokraten etwas niedriger liegt als bei der schwarzen Konkurrenz. Meistens hält die Funkstille nicht lange an. Ihre Dauer richtet sich nach der Bedeutung des Mediums, für das der Journalist berichtet. Letztlich wissen Politiker, dass sie auf bestimmte Medien als Transporteur von Botschaften angewiesen sind. Altkanzler Helmut Kohl bildet insoweit eine Ausnahme, als dass er über viele Jahre hinweg bestimmten Magazinen aus Hamburg keine Interviews gab. Ob so ein Boykott klug ist, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Jagd nach exklusiven Informationen

In Zeiten eines wachsenden Konkurrenzkampfes in der Medienbranche haben es Politiker ohnehin leichter. Bei der Jagd nach exklusiven Informationen wird so mancher Berufskollege quasi handzahn. Hat ein Politiker eine brisante Äußerung getan, dann sind interessante Rückzugsbewegungen zu beobachten. Eine beliebte Ausrede lautet dann, man sei falsch zitiert worden. Oder der Betreffende versucht sich dadurch aus der Schusslinie zu nehmen, in dem er behauptet, das Zitat sei aus dem Zusammenhang gerissen worden. Nun mag es sein, dass mancher Journalist schon mal eine Äußerung etwas zuspitzt. Das sollten Politiker aber mittlerweile wissen.

Gute, spannende Interviews sind eigentlich rar geworden. Das liegt zum einen an den Journalisten, die mit ihren Fragen häufig nur das Ziel verfolgen, möglichst ein exklusives Quote zu erheischen. Zum anderen gibt es immer weniger Politiker, die sich Zeit für Interviews mit Tiefgang nehmen. Das kurze Statement im Fernsehen ist schnell abgegeben. Ein Zeitungsinterview ist aufwendig, denn die geschriebene Fassung muss gegengelesen und autorisiert werden. Das kostet Zeit. In den meisten Fällen überfallen den Interviewten dann auch Zweifel, ob das Gesagte auch gerade in die politische Landschaft passt. Das Ergebnis: Die Antworten sind am Ende fad und langweilig. Leider trauen sich zu wenige Redaktionen, solche Interviews im Papierkorb verschwinden zu lassen. Die Thüringer Allgemeine ließ sich das einmal nicht gefallen. Nach dem der Staatsminister im Kanzleramt, Rolf Schwanz (SPD) ein Interview völlig umgeschrieben hatte, verzichte-

te Redaktion auf den Abdruck und erschien stattdessen mit einem weißen Fleck an dem in der Zeitung eingeplanten Platz. Damit so etwas nicht wieder passiert, fünf Grundsätze, wie sich Politiker bei einem Interview verhalten sollten.

Interview-Grundsätze

1. Ein Interview macht nur dann Sinn, wenn der Befragte auch wirklich etwas sagen will.
2. In der Kürze und in der Logik der Äußerung liegt die Würze. Professorale Vorlesungen gehören in die Universität, nicht ins Fernsehen oder die Zeitung.
3. Deutsch ist eine wunderbare Sprache, die nicht nur aus Floskeln besteht.

Politiker und Journalisten brauchen einander. Sie vertragen sich eigentlich auch so lange, wie der Journalist das tut, was der Politiker für zitier- und sendefähig hält. Weil sich die wenigsten Medienmenschen aber als Sprachrohr missbrauchen lassen, kommt es zwangsläufig zum Streit. Das Beleidigtsein einiger Politiker kann soweit gehen, dass der Journalist keine Informationen mehr erhält.

4. Wenn Politiker ein Mikrofon unter die Nase gehalten kriegen, setzen sie meistens eine staatstragende Miene und spannen den Körper angestrengt an. Entsprechend äußern sie sich dann auch. Einfach locker bleiben. Journalisten beißen nicht.
5. Weniger ist häufig mehr. Wer an keiner Kamera oder Mikrofon vorbei laufen kann, ohne etwas zu sagen, der macht sich auf Dauer uninteressant. ■

Hans-Jörg Heims ist Korrespondent der Süddeutschen Zeitung.

Wer darauf achtet, wie Politiker reden, stellt fest: Sie wollen permanent etwas für die »Menschen« tun, die »Menschen« verstehen, den »Menschen« etwa besser erklären, den Willen der »Menschen« erkannt haben. »Bürger«, »Leute«, die »Bevölkerung« geschweige denn das »Volk« kommen in der politischen Sprache kaum noch vor. »Menschen« klingt irgendwie wärmer, fürsorglicher, humaner. Also menschelt es permanent, nicht selten mehrmals im Satz und im Dutzend pro Minute. »Hier bin ich Mensch, hier darf ich sein,« soll auch für das »schmutzige Geschäft« der Politik gelten.

Der Haken an der Sache: Mit dem Begriff und Bewusstsein des »Bürgers« verschwinden auch Verantwortung für die res publica, die Staatsbürgerschaft, die Bürgertugenden die Kompetenz und der Aufruf, die Sache des Staates zu einer eigenen Sache zu machen. Die Franzosen wissen schon, warum sie den citoyen vom bourgeois unterscheiden, der sich um bloß private Sorgen einspinnt und dabei die Grundlage seiner Freiheit aus dem Auge verliert. Das inflationäre Betulichkeits-Gerede vom »Menschen« hat etwas von sanfter Entmündigung: Im »Bürger« steckt das verantwortliche Individuum, ausgestattet mit definierten politischen Rechten und Pflichten; der »Mensch« als Gattungsbegriff bleibt dagegen politisch diffus.

Von Wölfen und Wadenbeißern

Immerhin: Das Menscheln macht vergessen, dass in der Politik mancher zum Tier wird, mit den Wölfen heult, den Wadenbeißer spielt, mit Elefantengedächtnis seine Feindschaften pflegt, Pensionsansprüche oder dubiose Spenden hamstert und schließlich dem Rudeljournalismus zum Opfer fällt. Und gegenüber den tierisch verdrossenen Politikzuschauern erspart »Menschen« der weiblichen Verdoppelung. Mit »Menschinnen und Menschen« hat es jedenfalls noch niemand versucht. Bei der Neujahrsansprache hieß es noch nicht: »Liebe Menschen.« Was aber für die Anrede nicht taugt, das sollte man jedenfalls nicht ständig in der Rede über andere im Mund führen. Also, liebe Menschen in der Politik, lasst uns nicht Menschen wie früher Untertanen sein. Für Euch sind wir noch immer Mitbürger (und -innen...)! ■

Andreas Püttmann, puettmann@entscheidung.de.

Die politische Sprache ...

Die Jungen Liberalen haben offenbar eine ganz eigene Interpretation für das Wort »liberal«. Um auf ihr Programm aufmerksam zu machen, sicherte sich der FDP-Nachwuchs in Schleswig-Holstein die Internet-Adresse <http://www.bekiff-ficken.de>.

Die für eine politische Jugendorganisation eher ungewöhnliche Adresse leitet nach dem Aufrufen zu den Internet-Seiten des Landesverbandes weiter.

Der vollständige Slogan lautet: »Lieber bekiff fick als besoffen Auto fahren« und ist Aufmacher einer Kampagne, die im September folgen soll.

Deutschland kann sich glücklich schätzen, dass zu Zeiten von Steuer-, Renten und Gesundheitsreform zumindest ein Verband noch darauf achtet, dass auch die wirklich wichtigen politischen Themen angesprochen werden.

Nach dem Essener Parteitag rief die neue CDU-Vorsitzende Angela Merkel eine Internetkommission ins Leben. Ihr Vorsitzender wurde der Geschäftsführer der Werbeagentur Scholz&Friends. Die ENTSCHEIDUNG sprach mit dem Internetsprecher der CDU.

»Es gibt eine Menge zu tun«



Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der Werbeagentur Scholz&Friends, Ex-Marketing-Mann der Lufthansa in New York, Ex-Berater bei McKinsey, Aufsichtsrat und Venture Capitalist zahlreicher Start-Up-Unternehmen. Alles war oder ist Thomas Heilmann. Eine Erfolgskarriere der New Economy. Was ihn von anderen Werbeprofis unterscheidet, ist die CDU. Heilmann ist Internet-Sprecher des CDU-Bundesvorstandes. Neben seinen Wirtschaftsjobs und seiner Professur in Berlin leitet er ehrenamtlich gemeinsam mit Ruprecht Polenz die Internet-Kommission der CDU, die ein Multimedia-Konzept erarbeitet. Zwar sei er eine »bekennende CDU-Karteileiche«, aber als Angela Merkel ihm die Leitung der Kommission anbot, habe er nicht gezögert. Heilmann gilt in der Werbebranche als Pionier auf dem Gebiet des Internets. Dabei war seine erste Berührung mit dem neuen Medium eine ganz andere. 1992 fragte ihn der technische Leiter von Scholz&Friends, ob er einen Internet-Anschluß für 1000 Dollar im Monat anschaffen könne. Damals stellte Heilmann noch die Frage, was das Internet eigentlich

»Ich bemerke viel Interesse seitens der CDU, vom Präsidium, der Jungen Union und von außen.«

sei. Seit seiner Berufung zum Internet-Sprecher der CDU hat Heilmann einen Marathon an Gremiensitzungen absolviert. Für ihn steht danach unumstößlich fest, dass er nicht in die Politik wechseln wird. Denn nicht ohne Grund bezeichnete ihn »DIE WELT« als »nicht rezozialisierbaren Unternehmer«. Sein Tempo ist ein anderes als das der Politik. Parteiklüngel, langatmige Diskussionen und Papierberge sind nicht seine Sache. Heilmann setzt auf Geschwindigkeit und E-Mails. Im folgenden Interview sagt Heilmann der ENTSCHEIDUNG, was er der Union rät und womit sich seine Kommission befasst.

ENTSCHEIDUNG: Welche Erfahrungen machen sie in ihrem neuen Amt?

Heilmann: Ich bemerke viel Interesse seitens der CDU, vom Präsidium, der Jungen Union und von außen. Das macht die Sache nicht einfacher, weil ich wenig Zeit und noch einen Hauptberuf habe. Die Arbeit der Kommission geht aber gut voran und ich bin sehr optimistisch.

ENTSCHEIDUNG: 1998 wurde das Internet erstmals in einem Bundestagswahlkampf genutzt. Wie kann das Internet zukünftig für Parteizwecke genutzt werden?

Heilmann: Der Wähler wird sich in ungeahnter Weise über das Internet informieren. Diesbezüglich müssen wir gewappnet sein. Es geht jetzt zunächst um ganz banale Fragen: Wie sorgen wir dafür, dass möglichst viele Mitglieder der CDU eine E-Mail Adresse bekommen und wir diese dann auch kennen? Da gibt es eine Menge zu tun.

ENTSCHEIDUNG: Beschreiben sie ihren Werdegang in der Union.

Heilmann: Meine »Karriere in der CDU hatte drei Stufen: Erstens: Mitarbeit in der Jungen Union. Zweitens: gar nichts. Und drittens: Internetsprecher der CDU Deutschlands. Das bin ich nicht aus Parteigründen geworden, sondern ausschließlich aufgrund meiner beruflichen Erfahrung zu diesem Thema.

ENTSCHEIDUNG: Und ihre berufliche Laufbahn?

Heilmann: Meine Partner und ich wollten uns 1990 unbedingt in der damals noch existierenden DDR selbständig machen. Wir wollten miterleben, wie sich der Wandel von einem politischen System in das andere vollzieht. Wir haben



Thomas Heilmann

- 1964 in Dortmund geboren
- 1985-1988 Jura-Studium in Bonn, zeitgleich freier Journalist bei der FAZ und den ARD-Tagesthemen
- 1993 Zweites Staatsexamen in München
- Berater bei McKinsey&Company
- Marketingabteilung der Lufthansa in New York
- 1990 Gründer und Geschäftsführer der Werbeagentur EDD, später Scholz&Friends
- Mitgründer und Aufsichtsratsvorsitzender von Aperto Multimedia GmbH, ampere AG, Market Lab AG sowie econa AG
- Gastprofessor an der Berliner Hochschule der Künste
- Sprecher der Medienunternehmen in der IHK Berlin
- Initiator der European Media

unser Unternehmen gegründet, und es ist viel besser gelaufen, als wir es eigentlich erwartet haben.

ENTSCHEIDUNG: Sie sind an mehreren Start-up-Unternehmen beteiligt. Wie würden sie die Firmen der New Economy mit der Jungen Union vergleichen?

Heilmann: In ihrer Mentalität steht die Junge Union den Start-ups näher als die traditionelle Wirtschaft. Das hat etwas mit dem Alter zu tun. In Gründungsunternehmen geht es zum Teil wie im AStA zu. Daraus ergeben sich natürlich auch Nachteile – zum Beispiel zu wenig Professionalität. Start-ups verfügen jedoch auch über Energie im Zusammenspiel mit Kreativität, die ihnen Vorteile verschafft und mögliche Nachteile ausgleicht. Wobei auch hier gilt: Es gibt erfolgreiche und erfolglose Unternehmen.

ENTSCHEIDUNG: Was brauchen erfolgreiche Gründer?

Heilmann: Um erfolgreich ein Unternehmen zu gründen, sind ein sehr gutes Team, die notwendige Finanzierung, eine gute Idee, ein sehr gutes Netzwerk und vor allem Glück erforderlich. Wir haben diese in hohem Maße gehabt – sonst wären wir heute nicht da, wo wir jetzt angekommen sind.

ENTSCHEIDUNG: Viele Werbeexperten halten sich mit ihrer politischen Meinung bedeckt. Haben sie durch ihr Engagement auch negative Erfahrungen gemacht?

Heilmann: Bisher hat sich niemand kritisch geäußert. Sie kaufen auch einen IBM-Computer nicht, weil Herr Staudt von IBM Deutschland SPD-Mitglied ist.

ENTSCHEIDUNG: Die JU wird auf dem Deutschlandtag in Koblenz das Papier »Deutschland digit@1« beraten. Sie haben bereits einen Blick auf den Leitantrag geworfen.

Heilmann: Ich glaube, dass alle wichtigen Themenfelder von der Jungen Union erfasst worden sind. Ein Urteil lässt sich erst beim Blick auf das Ergebnis fällen. Und dieses steht am Ende des Diskussionsprozesses. ■

JENS KRÜGER

System Schröder



Schröder im Machtrausch. Der BK umgeht mit seinen Konsens- und sonstigen Klüngelrunden systematisch Bundestag und Bundesrat. Die „Süddeutsche Zeitung“ nennt das Kind beim Namen: „antidemokratisches Kainsmal“.

Gerhard Schröder perfektionierte im zweiten Jahr seiner Kanzlerschaft ein System, in dessen Zentrum er steht und in dem der Bundestag mit seinen 669 Abgeordneten, seinen Ausschüssen und Gremien eine immer unwichtigere Rolle spielt. Systematisch werden Entscheidungen in den vor-institutionellen Raum verlagert, der von der Verfassung nicht vorgesehen ist: in Kommissionen, in Konsensrunden oder auch in kleine Gruppen, Kungelrunden und Vier-Augen-Gespräche – wie im Falle der Bundesratsentscheidung zur Steuerreform.

In der Weizsäcker-Kommission ließ Schröder die Wehrstrukturreform diskutieren, eine Süßmuth-Kommission soll ein mögliches Einwanderungsgesetz vorbereiten. Das dafür eigentlich zuständige Parlament bleibt dabei genauso ungefragt wie bei den außerparlamentarischen Konsensrunden, beim Bündnis für Arbeit, bei den Energiekonsensgesprächen zum Atomausstieg, bei den Gesprächen zur Rentenreform. Der außerparlamentarische Klüngel-Konsens entzieht sich der Aufsicht und Kontrolle durch den Gesetzgeber. Das ist das System Schröder. Die »Süddeutsche Zeitung« nennt es ein »antidemokratisches Kainsmal« – sie hat recht. Die Konsensdemokratie als Schröders Weiterentwicklung der Kanzlerdemokratie.

Das Parlament steht nur noch am Ende einer politischen Diskussion; nicht mehr im Mittelpunkt, wie es das Grundgesetz vorschreibt. Es gab schon lange keine erinnenswerte Debatte mehr und seit langem muss die Regierung mit ihren Vorlagen nicht mehr den Abstimmungen des Bundestages entgegenzittern: Die einst mächtige SPD-Fraktion ist unter der Führung Peter Strucks zu einer grauen, beinahe lethargischen Zustimmungsmaschine geworden. Die parlamentarische Linke der SPD, die noch vor einem Jahr am Kanzlerstuhl sägte, hat sich von des Schröders Konsens-Demokratie ebenso einlullen lassen wie die Fraktion der Grünen. Deren Fraktionsvorsitzenden Kerstin Müller und Rezzo Schlauch mussten vor kurzem den Atomausstiegskonsens bejubeln, während es ihre eigene Partei fast zerriss.

Das ihm lästige Parlament – spricht: die Regierungsfaktionen – hat Gerhard Schröder gezähmt. Mit den großen aktuellen politischen Themen beschäftigt sich der Bundestag immer öfter auf Antrag der Oppositionsparteien in »Aktuellen Stunden« – zwar unter starkem Medieninteresse, aber ohne jede Möglichkeit, etwas zu beschließen. Es ist ein Schaden für die politische Kultur in Deutschland entstanden. Das bejammern nicht nur Politiker vorzugsweise aus den Reihen der Opposition, sondern eben auch Rechtsgelehrte wie der ehemalige Verfassungsrichter Paul Kirchhof: Tatsächlich hat der Kanzler im Falle der Bundesratsentscheidung zur Steuerreform einigen CDU-mitregierten Ländern Zusagen gemacht, die er eigentlich nicht machen konnte – zumindest nicht ohne Zustimmung des Bundestages, der über Nachbesserungen bzw. finanzielle Zu-

sagen für einzelne Länder entscheiden muss. Es wäre ein politisches Fanal, wenn sich der Bundestag dieses eine Mal Schröder widersetzt und seinem der parlamentarischen Demokratie entrückten Regierungschef zeigen würde, wer bei der Gesetzgebung das Sagen hat.

Folge für die Union

Für die Opposition wird es im System Schröder nicht einfacher. Sie läuft Gefahr, gar nicht mehr als Opposition wahr genommen zu werden, wenn sie bei Schröders Konsensspielchen wie bei der Rentenreform mitmacht. Sie sollte aus ihrer Niederlage im Bundesrat als Folge der Schröderschen Konsens-Politik lernen, dass man nicht gewinnen kann, wenn man in geheimen Klüngel-Runden der Regierung noch etwas abtrötzt. Sie läuft Gefahr, von Schröder zerrieben zu werden, ihre Einheit zu verlieren –

Bernhard Vogel – eigentlich ein besonnener Mann – platzte bei der schon jetzt legendären Bundesratsdebatte zur Steuerreform der Kragen: Das habe er im Bundesrat in 30 Jahren noch nicht erlebt. Edmund Stoiber fiel vor laufenden Kameras öffentlich die Kinnlade runter – auch das eine Szene mit Seltenheitswert. Vogel und Stoiber mussten nicht nur ertragen, wie einige CDU-Granden der eigenen Führung in den Rücken fielen. Vor allem mussten sie erkennen, wie gut das System Schröder mittlerweile funktioniert. Und sie erkannten auch, dass sie und die Union Verlierer in einem politischen Spiel waren, das immer weniger nach den hergebrachten Regeln gespielt wird. Die neuen Regeln legt Gerhard Schröder fest und in jeder neuen Spielrunde legt er sie neu fest – so wie er sie braucht.

denn genau das bezweckt Schröder doch, wenn er Rita Süßmuth die Einwanderungskommission leiten lässt. Wahlen können CDU und CSU nur gewinnen, wenn sie dort mit der Regierung streiten und dort der Regierung Zugeständnisse machen oder etwas abringen, Kompromisse schließen oder ihre Alternativen darstellen, wo es hingehört: im Deutschen Bundestag. ■

Jens Krüger ist freier Journalist in Berlin. Er berichtet vor allem für öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten über die deutsche Innenpolitik.

Im Mai 1995 verbot der damalige brandenburgische Innenminister Ziel die rechtsextremistische »Direkte Aktion/Mitteldeutschland«, im August 1997 die »Kameradschaft Oberhavel«. Im Jahr 2000 wird von vielen Seiten ein Verbot der NPD gefordert.

SVEN PETKE

RECHTSEXTREMISMUS

Jedes Mal, wenn in den Sommermonaten die Zahl fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten vermeintlich steigt, wird händeringend nach schnellen Lösungen gesucht, anstatt das Problem langfristig anzugehen: Der Ruf nach schärferen Gesetzen oder wenigstens der konsequenteren Anwendung von schon bestehenden Regelungen wird laut. Häufig gipfelt die berechtigte Empörung in Forderungen nach Vereins- oder Parteienverboten. Gewalt und Verrohung können aber nicht per Verwaltungsakt aus der Welt geschaffen werden! Die meisten gewaltbereiten Rechtsextremisten gehören zumal auch keiner Organisation an. Es gilt vielmehr, die wirklich wichtigen Fragen zu stellen: Welche Gefahren gehen vom Rechtsextremismus aus?, Welche Maßnahmen dienen seiner Eindämmung?, Warum hat der Rechtsextremismus in den neuen Ländern offenbar eine besondere Qualität?

Keine politische Kraft, aber...

Der Rechtsextremismus stellt in Deutschland keine Bedrohung für die Stabilität des politischen Systems dar. Alle Parteien des rechten Spektrums führen ein Schattendasein. Schafft

eine von ihnen den Sprung in ein Parlament, lösen sich ihre Fraktionen meist nach kurzer Zeit in die Bestandteile auf, fallen – wenn überhaupt – nur durch Unfähigkeit und interne Querelen auf. Die Existenz eines Terrorismus von Rechts,

einer »Braune Armee Fraktion«, muss immer dann geprüft werden, wenn in der Szene Waffen und Sprengstoff gefunden werden. Der Staat muss diese Anzeichen sehr ernst nehmen und konsequent unterbinden. Bisher lautete

das Prüfungsergebnis immer: »Nach wie vor gibt es keine handlungsfähigen terroristischen Strukturen und kein politisches Konzept für einen bewaffneten Kampf« (Verfassungsschutzbericht des Bundes 1999).

Besorgnis erregend ist die wachsende Fähigkeit von Rechtsextremisten, das Internet professionell für ihre Propaganda zu nutzen. Durch die Anonymität des Mediums können gerade Ju-

gendliche mit extremistischem Gedankengut in Kontakt mit der Szene kommen, ohne dass Eltern oder Freunde davon etwas mitbekommen und ein Korrektiv bilden können.

Extremismusbekämpfung in Brandenburg

Die größte Gefahr geht aber gerade in den neuen Bundesländern vom unorganisierten Rechtsextremismus aus. Gewaltbereite Jugendbanden im Skinhead-Outfit mit fremdenfeindlicher Gesinnung bilden in manchen Regionen der neuen Länder das vorherrschende Jugendmilieu. Dabei findet der Begriff »fremd« in diesem Milieu nicht nur auf Menschen mit einer anderen Hautfarbe, sondern auch auf Homosexuelle, Behinderte, Obdachlose und auf Menschen aus einem anderen Bundesland oder selbst dem Nachbardorf Anwendung.

Die derzeitigen Diskussionsbeiträge zur Lösung des Problems dienen vielfach mehr der Profilierung von Politikern und sind zum Teil oberflächlich. So bleibt die Frage unbeantwortet, ob die Taten in der Mehrzahl wirklich im klassischen Sinne politisch motiviert sind. Auch die Tatsache der nachweisbar gestiegenen Jugendkriminalität wird nicht einbezogen.

Die Strategien, die sich bisher im Kampf gegen den Rechtsextremismus bewährt haben, bestanden immer aus einer vernünftigen Mischung aus Repression und Prävention. Seit der Regierungsbe-

Stimmen zum Rechtsextremismus



Wolfgang Bosbach, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Ich glaube nicht, dass das Schlagwort »Braune RAF« oder »Braune-Armee-Fraktion« die heutige Situation trifft. Sicher hat sich die Zahl der rechtsextremistischen Skinheads und der sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten im vergangenen Jahr erneut erhöht. Sie wird auf rund 9000 geschätzt. Zu diesem Personenpotential rechnet der Verfassungsschutz nicht nur Gewalttäter, sondern auch diejenigen, die sich positiv zur Gewaltanwendung äußern. Seit Jahren gibt es auch Hinweise auf Waffen und Sprengstoffe in der rechtsextremistischen Szene. Es fehlte aber bisher die Absicht, diese gezielt zu terroristischen Anschlägen einzusetzen. Die meisten Rechtsextremisten lehnen – zumindest aus taktischen Erwägungen heraus – terroristische Anschläge ab. Auch fehlt es in der rechtsextremistischen Szene derzeit an einer Organisation bzw. an Führungspersonal, das mit der seinerzeitigen RAF – auch nur im Ansatz – vergleichbar wäre. Nach wie vor gibt es keine handlungsfähigen terroristischen Strukturen und vor allem auch kein politisches Konzept für einen bewaffneten Kampf. Das heißt natürlich nicht, dass wir die Situation bagatellisieren dürfen. Ich sehe durchaus die Gefahr, dass sich einzelne Rechtsextremisten oder auch Kleingruppen durch die Sprengstoffanschläge der RAF, die seinerzeit ein großes Medienecho auslösten, zu Nachahmungstaten angesprochen fühlen könnten.

Wird es eine »Braune-Armee-Fraktion« geben?



Dr. Alexander Gauland, Herausgeber der Märkischen Allgemeinen Zeitung:

Nein, da dem RAF-Terror ein geschlossenes Weltbild zu Grunde lag, das den angeblichen revolutionären Kampf begründete und rechtfertigte. Im Gegensatz hierzu haben die extremen rechten kein Weltbild, sondern Vorurteile, die sich in Symbolen manifestieren, mit denen sie die liberale Gesellschaft schocken. Tabubruch statt revolutionärer Kampf und einzelne Hassaktionen statt Neubau einer revolutionierten Gesellschaft kennzeichnen den Unterschied der dahinter stehenden Ideologien. Eine »Braune-Armee-Fraktion« wird es daher wohl nicht geben, eher »zusammenhanglose« Verbrechen.

Keine unüberlegten Maßnahmen – Thema nicht missbrauchen

teilung der CDU in Brandenburg und der Verantwortung für die innere Sicherheit wurden beide Bereiche konsequent und effizient ausgebaut. Vermehrte Personenkontrollen und Tatmitteleinziehungen sorgten für einen Rückgang rechtsextremistischer Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 13 Prozent. Der neu ins Leben gerufene »Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg« wird die bisher vernachlässigte Ursachenforschung vorantreiben.

Für eine erfolgreiche Eindämmung des Rechtsextremismus ist die gleichzeitige Bekämpfung des Linksextremismus eine zwingende Voraussetzung. Diese seit den Werken der Totalitarismusforscherin Hannah Arendt offenkundige Grundlage jeder Auseinandersetzung mit extremistischen Ideologien und ihrer gegenseitigen Bedingung wird von Politikern der SPD und den Grünen bestritten.

Tabuisiert Rot-Grün?

Wer nach den Ursachen für den vergleichsweise starken Rechtsextremismus in den neuen Ländern fragt, kommt an für einige der selbsternannten Moralapostel unbequemen Fragen nicht vorbei. Wenn beispielsweise die SPD-Politiker Thierse und Platzeck sich in diesen Wochen über den rechten Osten beklagen, verkennen sie exemplarisch ihre Verantwortung in den Jahren nach der Wende.

40 Jahre SED-Diktatur haben verheerende Nachwirkungen auf das Wertgefühl der Menschen in Ostdeutschland gehabt. In einer nihilistischen und von der SED-Diktatur entzivilisierten und autoritätshörig gemachten Gesellschaft wurden die Grundlagen für Fremdenfeindlichkeit und sittliche Verrohung gelegt. Die Familie, der christliche Glaube und das freie Unternehmertum wurden als Träger abendländischer Toleranzkultur ausge-



www.netzgegengewalt.de

Das Internet ist ein Tummelplatz für Extremisten. Relative Anonymität, Geschwindigkeit und globale Verfügbarkeit sind die Vorteile, die das Internet den Extremen bietet und die diese für ihre Zwecke missbrauchen. Dagegen muss jeder Netzbürger sein Möglichstes tun.

Angela Merkel und der Internet-Sprecher der CDU, Thomas Heilmann, haben deshalb zu einer Internet-Initiative gegen Gewalt aufgerufen. Auf der eigenen Website www.netzgegengewalt.de werden konkrete Aktionsmöglichkeiten angeboten:

1. Internet-Nutzer können den Aufbau einer Filtersoftware unterstützen, die in Deutschland von der Bertelsmann Stiftung betreut wird und den Eltern die Möglichkeit geben soll, ein technisches Instrument des Jugendschutzes im eigenen PC einzusetzen.
2. Internet-Nutzer können die freiwillige Selbstkontrolle der Multimedia-Dienste-Anbieter durch Hinweise auf extremistische Seiten unterstützen.
3. Internet-Nutzer können bei der Verfolgung extremistischer Propaganda im Internet durch Informationen an die zuständigen Stellen im Bundesamt für Verfassungsschutz helfen.

Weitere Links zum Thema:

<http://www.verfassungsschutz.de>
<http://www.bmi.bund.de>
<http://www.welt.de/politik/brennpunkte/rechtsradikalismus/>

schaltet, wo es nur ging. Übertüncht vom Mythos des »Antifaschismus« war Fremdenfeindlichkeit weit verbreitet. Nur der Polizeistaat und die Zensur sorgten dafür, dass Kriminalität nicht in großem Maßstab stattfand oder bekannt wurde. Dieser Deckel fehlt nun. Damals wie heute ist der Ausländeranteil auf dem Gebiet der neuen Länder vergleichsweise sehr gering. Trotzdem ist eine erhöhte fremdenfeindliche Einstellung weit verbreitet. Ein Rechtsstaat kann und darf nie dieselbe Repression anwenden wie eine Diktatur. Um so wichtiger war und ist es gerade in den neuen Ländern, die Weichen im gesellschaftlichen Bereich richtig zu stellen. Der Rechtsextremismus hat historisch bedingt in den neuen Ländern eine andere Qualität.

Die Gründe, zu denen auch die mangelhaft aufgearbeitete Rolle der SED-Diktatur gehört, dürfen nicht verschwiegen werden. Fehlentwicklungen in der Schul- und Jugendpolitik tragen im hohen Maße zu der Situation in den neuen Ländern bei. Darüber sollten Politiker wie Thierse und Platzeck nachdenken. Auch Gerhard Schröder setzt sich dem Verdacht aus, das Thema Fremdenfeindlichkeit zu nutzen beziehungsweise zu missbrauchen, um einer teilweisen Tabuisierung der aufziehenden Asyl-/Zuwanderungsdebatte Vorschub zu leisten. Es mutet populistisch an, wenn der frisch aus Mallorca zurückgekehrte Kanzler zehn Tage lang durch die neuen Länder tourt und dabei alleine in Brandenburg zehn Orte besucht, um sich über Fremdenfeindlichkeit zu informieren. Die Union muss wachsam sein, dass in der veröffentlichten Meinung nicht suggeriert wird, die Diskussion um gezielte Zuwanderung oder europäische Harmonisierung des Asylrechts führe automatisch zu mehr Fremdenfeindlichkeit und dürfe deshalb gar nicht erst geführt werden. Das würde zwar in die rot-grüne Ideologie-Kiste passen, gleichzeitig aber der rechten Szene weitere Munition in ihrer politischen Argumentation liefern.

Es bleibt zu hoffen, dass die Diskussion um die Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit in ganz Deutschland mehr als ein Sommerthema und die negative Vorbereitung der Zuwanderungsdiskussion ist. Letztlich muss mehr passieren als ein Durcheinander von Appellen und Aktionsankündigungen. Die hässliche Fratze Fremdenfeindlichkeit muss endlich langfristig bekämpft werden! ■

Sven Petke MdL (sven.petke@ju.brandenburg.net) ist Landesvorsitzender der JU Brandenburg und innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg.

Spektakel: Bush vs. Gore

JESKO V. SAMSON-HIMMELSTJERNA

Ein glücklich winkendes Ehepaar steht auf der Bühne der Sporthalle, Luftballons und Konfetti regnen vom Hallendach, tausende Menschen skandieren und halten einen Namen auf Schildern in die Höhe. Es handelt sich um den US-Präsidentschaftswahlkampf 2000, der am 7. November mit der Entscheidung zwischen dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten George W. Bush und dem Demokraten und jetzigen Vizepräsidenten Al Gore sein Finale haben wird.

Mit einem alle vier Jahre steigenden Aufwand werben die US-Parteien für ihre Kandidaten um die Wählergunst. Bush hatte schon bis Juni dieses Jahres 85 Millionen Dollar an Spenden gesammelt, seine Partei bis April noch weitere 265 Millionen. An einem einzigen Fundraising-Abendessen sammelte die Demokratische Partei die Rekordsumme von 26 Millionen Dollar. Bereits in den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden die Amerikaner mit rund 150.000 Fernsehspots bombardiert. Zum Vergleich: Die CDU gab für den gesamten letzten Bundestagswahlkampf eine Summe von umgerechnet unter 40 Millionen Dollar aus.

Zumindest was die Wahlbeteiligung bisheriger Präsidentschaftswahlen angeht, erscheint der Aufwand vergebens. Nur ein einziges Mal sind bisher mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten zu den Wahlurnen gegangen. Doch dies hängt auch mit dem komplizierten amerikanischen Wahlverfahren zusammen, bei dem sich jeder Wähler im Vorfeld registrieren lassen muss. In diesen Registrierungslisten wird auch verzeichnet, an welchen Vor- und Hauptwahlen die Person bislang teilgenommen hat; in einigen Bundesstaaten wird sogar die Parteineigung abgefragt.

Meinungsumfragen über Bush und Gore haben in den letzten Monaten wandelnde Stimmungsbilder wiedergegeben. Zuletzt lag Bush vor seinem Konkurrenten, als die Wirkung des Demokraten-Parteitagess den Vorsprung schmelzen ließ. Doch selbst ein klarer Vorsprung eines Kandidaten ist noch lange keine Siegesgarantie. Bei den Wahlen in den vierziger Jahren wettete niemand mehr

einen Penny auf Harry Truman, der dann plötzlich über Nacht seinen Konkurrenten, den Republikaner Dewey, mit einer überzeugenden Mehrheit abhängte. Ähnlich erging es 1988 Michael Dukakis und 1992 George Bush senior.

Für Bush junior erwies es sich zunächst als Vorteil, politische Themen als erster mit inhaltlichen Aussagen zu besetzen. Gore blieb nur die Reaktion und drohte dadurch das Image des politischen Gestalters zu verlieren; eine Position, die einem Vizepräsidenten ohnehin kaum zugerechnet wird, eher schon einem amtierenden Gouverneur, wie Bush es ist. Die menschliche Integrität ist ein in der Öffentlichkeit viel beachteter Punkt im Wettstreit um den Einzug in das Weiße Haus. Insbesondere Gore, der sich gegenüber Clinton stets loyal verhalten hat, allerdings in den skandalträchtigen Zeiten im richtigen Moment von der Bildfläche verschwunden war, wirbt um das Vertrauen der Wähler in seine Moral. Dafür spricht auch die Nominierung des Senators Joseph Liebermans aus Connecticut zu seinem Vizepräsidentschaftskandidaten. Der orthodoxe Jude wird in der Öffentlichkeit mit recht strik-



Nach Präsident Clintons Skandalen ist die menschliche Integrität von George W. Bush und Al Gore ein besonders vielbeachtetes Wahlkriterium geworden.

ten ethischen Ansprüchen auch als das »Gewissen« des Senats empfunden.

Der Ausgang der US-Präsidentschaftswahlen hängt mit Sicherheit davon ab, wer seine Klientel am meisten dazu bewegen kann, sich in den Wahllisten registrieren zu lassen und wählen zu gehen. Dazu werden noch viele Tonnen Konfetti von Hallendecken regnen. Traditionell beginnt die heiße Phase des Wahlkampfes mit dem »Labor Day«. Dieses Jahr war das der 4. September. ■

Jesko v. Samson-Himmelstjerna (26) studiert Politikwissenschaften und ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Paneuropa-Jugend.

US-Wahlkampf: Infos im Web

KAS-Studie: Wahlkampf in den USA I: Ein Überblick

http://www.kas.de/publikationen/2000/kommunikation/wk1_usa.pdf

KAS-Studie: Der US-Präsidentschaftswahlkampf 2000 vor den »Conventions«

http://www.kas.de/publikationen/2000/kommunikation/wk_conventions.pdf

Wahl-Dossier von politik-digital

<http://www.politik-digital.de/wahlkampf/usa/>

Wahl-Dossier von Spiegel online

<http://www.spiegel.de/politik/0,1518,k-140,00.html>

POLITIK DIREKT

RALF PÖTTER

Politik und Internet gehören zusammen. Politiker chatten mit Usern, Online-Publikationen sind gefragt und Referenten nutzen das Netz zur Recherche.

Der politisch interessierte Surfer hat es bislang jedoch nicht leicht gehabt.

Das Angebot ist häufig dürftig, parteipolitisch gefärbt und sehr verstreut.

Um die Pressemeldungen aller im Bundestag und im Europäischen Parlament vertretenen Parteien sowie der Europäischen Kommission, der Bundesregierung und aller Landesregierung zu erhalten, müssten tagtäglich 184 Seiten angesteuert werden. Komfortabler wäre es, es gebe all diese Meldungen auf einer Seite. Diesen Service bietet politikerscreen.de. Gemeinsam mit dem ZDF wurde ein Informationsportal geschaffen, das alle »Beteiligten rund um die Politik schnell und aktuell informiert und sie zu den Informationen bringt, die für die tägliche Arbeit wichtig sind«, so der Vorstand der politikerscreen.de AG, Alexander Bilgeri. Das Besondere an politikerscreen.de: Es ist kein weiteres Chat-Forum oder Kommentator politischer Sachverhalte. Der Anspruch ist umfassender: Politische Informationen – etwa der Standpunkt einer Partei zur Rentenreform – werden ungekürzt, übersichtlich und unkommentiert präsentiert. Bilgeri: »Unser User sind politisch mündige und kritische Menschen, die aktuelle Themen selbst beurteilen wollen und dafür liefern wir ihnen das Original – nicht irgendeine Kopie.«

Umfassender Polit-Service

Das Angebot von politikerscreen.de umfasst mehrere Bereiche. Alle Originalmeldungen von Parteien und Regierungen des Bundes und der Länder sind verfügbar. Der User kann recherchieren, wie das Finanzministerium von Baden-Würt-

temberg die Steuerreform bewertet, das Bundesinnenministerium auf Viren-Attacken reagiert oder die PDS die EXPO verurteilt. Der Kooperationspartner ZDF spielt ständig seine Meldungen aus allen Ressorts ein. Für beide Bereiche steht zudem ein umfangreiches Archiv zur Recherche bereit, zusätzlich gibt es die Möglichkeit, in der aktuellen Tagespresse zu suchen.

Mit dem Bereich »Hintergrund« will politikerscreen.de allen politisch Tätigen und Interessierten Arbeit abnehmen. Wer beispielsweise eine Bilanz der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft ziehen muss – politikerscreen.de hat hierzu ein Dokument mit weiterführenden Links erstellt. Gibt es für ein Thema keinen Hintergrund, wird der User trotzdem nicht allein gelassen, denn eine umfangreiche

und übersichtliche Linkliste führt ihn zu den wichtigsten Webseiten mit den benötigten Informationen. Die Sammlung beinhaltet Verweise auf Sachthemen von A wie Äußere Angelegenheiten bis Z wie Zitate. Auch die nationale, regionale und kommunale Ebene wurde mit Institutionen und Organisationen abgedeckt, Zugriff auf Pressearchive, Reden und aktuelle Umfragen geschaffen. Und das aller wichtigste ist, dass das Angebot kostenlos ist.

Und was sagt die Zielgruppe zum neuen Informationsportal? In seltener Einigkeit empfehlen Politiker von links und rechts das Angebot von politikerscreen.de. Der Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen, Reinhard Bütikofer, lobt das Portal als »Synonym für schnelle Informationen, aktuellste Nachrichten und umfassende Recherchemöglichkeiten« und sein Kollege von der CSU, Thomas Goppel, pflichtet ihm bei: »Es macht Spaß, mit politikerscreen.de zu arbeiten.« Spaß bereitet das Angebot offensichtlich auch den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und vieler Landtage. politikerscreen.de hat die Server-Statistiken analysiert und herausgefunden, dass viele User aus den Parlamenten kommen – ein Beleg, dass das neue Portal von der Zielgruppe bereits voll akzeptiert wird. politikerscreen.de ist eine Bereicherung der politischen Internetlandschaft und erleichtert so manche mühsame Internetrecherche. ■

Ralf Pötter, poetter@entscheidung.de

Als Außenminister Österreichs war Wolfgang Schüssel bei der EU ein gern gesehener Gast – schließlich setzte sich seine ÖVP vehement für den Beitritt der Alpenrepublik zur Europäischen Staatengemeinschaft ein. Seit er Kanzler ist und die SPÖ nach jahrzehntelanger Herrschaft aus der Regierung verdrängte, gilt er in vielen EU-Ländern als Unperson. Vor allem deutsche Politiker beteiligen sich an der Ausgrenzung Österreichs. Zwei Vertreter der JU Bayern nahmen an der Solidaritätsaktion »Fairness for Austria« teil.

»Fairness for Austria«

Scheuer und Thaumüller unterstützen Österreich

FLORIAN HAHN

Der Deutschlandrat der JU Bayern und Kreisvorsitzende der JU Passau-Stadt, Andreas Scheuer, hat sich beim EU-Gipfel für eine faire Behandlung Österreichs in Europa eingesetzt. Als Vertreter der Jungen Union Bayern nahm er zusammen mit Michael Thaumüller von der JU München-Land und über 30 jungen Vertretern aus zehn EU-Staaten an der Aktion »Fairness for Austria« teil. Dabei hatten die bayerischen Juler die Gelegenheit, dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Außenministerin Benita Ferrero-Waldner Solidarität im Widerstand gegen die Sanktionsmaßnahmen der EU zu versichern. Organisiert wurde die Aktion von österreichischen Firmen, Verbänden und Privatleuten.

Gegen bilaterale Sanktionen

»Ein zukunftsfähiges und demokratisches Europa muss die Entscheidungen seiner Mitbürger anerkennen, und darf sich nicht über den Wählerwillen stellen«, so Andreas Scheuer. »Österreich ist ein demokratischer Staat mit einem bewährten Rechtssystem; ein Interventionsrecht der Staatengemeinschaft kann nur bei schwerwiegenden Verstößen gegen die Menschenrechte abgeleitet werden. Ein Regierungswechsel kann wohl kaum als solcher angesehen werden. Deshalb wehrt sich die JU gegen die bilateralen Sanktionen der 14 EU-Staaten, fordert die sofortige Aufhebung und vor allem mehr »Fairness for Austria«.

»Die Menschen können die Haltung der europäischen Regierungen gegen Österreich nicht verstehen. Es ist absolut realitätsfern und schafft mehr Unmut gegen die europäische Ebene«, so Michael Thaumüller und weiter, »die Schlagbäume sind weg und jetzt baut man sie in den Köpfen scheinbar wieder auf«. Das Mitglied der CSU-Grundsatzkommission Andreas Scheuer sieht in der Aktion ein eindeutiges Zeichen: »Wenn junge Europäer aus den verschiedensten Ländern zum EU-

Gipfel kommen und eindeutige Solidarität zu Österreich bekunden, haben diese den europäischen Gedanken schon mehr umgesetzt als so mancher Regierungschef«.

Sacher-Torte im Aktionsbus

Die Aktion »Fairness for Austria« war ein voller Erfolg und wird auch unter der derzeitigen französischen Ratspräsidentschaft fortgesetzt, falls keine Verbesserung im Verhältnis zu Österreich erzielt wird. Mit Sacher-Torte und Manner-Schnitten wurden die Medienvertreter im »Aktionsbus« versorgt, um dann gestärkt zu berichten. Das Medieninteresse an der Aktion »Fairness for Austria« war außerordentlich groß.

Auf kleine »Isolationsgesten« wurde im Gespräch mit der österreichischen Außenministerin und dem österreichischen Bundeskanzler verwiesen, die sich jedoch wegen der Aufhebung der Sanktionen zuversichtlich zeigten. »Wenn jedoch der eine mit dem anderen nicht spricht, weil der eine mit dem anderen nicht will oder nicht sprechen darf, ist dies doch nicht das Europa der Zukunft, sondern ein Europa der Eitelkeiten und der fehlenden Diskussionskultur. Die Gipfebene ist dabei zum Glück so weit von der Praxis vor Ort entfernt«, so Scheuer, der in Passau den direkten Kontakt zu den österreichischen Nachbarn hat. Thaumüller zieht Bilanz: »Diese Aktion war gelungen und hat das erreicht, was wir wollten – nämlich, dass sich die jungen Europäer kein Europa der Isolationen und Bevormundung von oben vorstellen, sondern ein Europa des Dialogs mit der Bewahrung von regionalen und nationalen Zuständigkeiten«. ■

Florian Hahn ist JU-Deutschlandrat aus Bayern.



Eine Bereicherung für Politik im Internet: www.politikerscreen.de bietet eine umfassende Versorgung mit Pressemeldungen von Parteien, Agenturmeldungen und Hintergrundinfos.

GESUNDHEITSPOLITIK

Effizienz und Qualität der Gesundheitsversorgung

HARALD SCHMITT

Auf seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause hat der Bundesvorstand ein Thesenpapier zur Gesundheitspolitik beschlossen. Hierin fordert der Bundesvorstand, Elemente der Qualitätssicherung und der Marktwirtschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung zu verankern (Thesen aus: siehe Kasten!).

Modeerscheinung »Fitness«

Der Bundesvorstand prangert Lücken der medizinischen Versorgung zu überhöhten Preisen an. In dem von gesetzlichen Vorgaben reglementierten Markt für Gesundheitsdienstleistungen und -produkte wird gleichzeitig ein Entwicklungspotenzial gesehen, dessen Anfänge nicht nur in den Modeerscheinungen »Fitness« und »Wellness« gesehen werden können, sondern allein schon in der Summe von 500 Milliarden Mark, die bereits heute jährlich in diesem Markt ausgegeben werden.



Harald Schmitt

Überalterung der Bevölkerung

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Überalterung der Bevölkerung kommt die gesetzliche Krankenversicherung (deren Mitglieder über 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen) an strukturellen Reformen nicht vorbei. Währenddessen scheinen die von der bündnisgrünen Gesundheitsministerin Fischer angeschobenen Gesetzesänderungen an der Struktur nichts zu ändern und durch ein noch engmaschigeres Netz an staatlichen Vorgaben die immanenten Systemmängel zu zementieren. ■

Harald Schmitt ist gesundheitspolitischer Sprecher im Bundesvorstand der Jungen Union, HLSchmitt@t-online.de.

Stichwort: Die gesetzliche Krankenversicherung

Die gesetzliche Krankenversicherung ist der älteste Zweig der Sozialversicherung. Rund 90 Prozent der Bevölkerung sind gesetzlich krankenversichert. Das sind alle Arbeitnehmer, sofern sie unter dem Doppelten des Durchschnittseinkommens verdienen (Beitragsbemessungsgrenze), sowie Rentner und Arbeitslose. Rund 50 Prozent aller Ausgaben des deutschen Gesundheitswesens werden über die gesetzliche Krankenversicherung finanziert. Die übrigen 50 Prozent werden von der gesetzlichen Pflege-, Renten- und Unfallversicherung sowie den privaten Versicherungen und schließlich durch Eigenleistungen der Patienten erbracht. Die gesetzliche Krankenversicherung kommt für die notwendige medizinische und pflegerische Hilfe auf und zahlt darüber hinaus versicherten Beschäftigten Krankengeld, wenn der Arbeitgeber nach in der Regel sechs Wochen keine Lohnfortzahlung mehr zu leisten hat.

Die Beiträge für den Krankenversicherungsschutz richten sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit des Versicherten. Sie werden grundsätzlich nach einem Prozentsatz der beitragspflichtigen Einnahmen bemessen. Alter, Geschlecht und das gesundheitliche Risiko der Versicherten sind für die Beitragshöhe unerheblich.

Gesetzlich Versicherte erhalten medizinische Leistungen und Heilmittel nach dem »Sachleistungsprinzip«, das heißt, die Bezahlung der Leistungserbringer erfolgt unmittelbar von der Versicherung. Von Zuzahlungen abgesehen, bezahlt der Versicherte nur seinen Beitrag und hat mit den Krankheitskosten nichts zu tun. Beim Besuch eines Arztes bekommt dieser seine Dienstleistung von der Kassenärztlichen Vereinigung vergütet, die ihrerseits mit der gesetzlichen Krankenversicherung abrechnet.

Aus dem Gesundheitspapier des JU-Bundesvorstandes

- Weniger Regulierung, mehr Wettbewerb und mehr Transparenz.
- Schaffung von Präventionsprogrammen, die auf einer klaren, sich aus definierten Gesundheitszielen basierenden Prioritätensetzung ergeben.
- Bildung einer bundesweiten Interessenvertretung der Patienten.
- Patienten sollten nach dem Arztbesuch eine informelle Rechnung mit zweiwöchiger Einspruchsfrist zugesandt bekommen.
- Die Eigenleistung der Patienten sollte sich nicht nur auf die Zuzahlungen beschränken, sondern vor allem auf die Durchführung von Vorsorgeuntersuchungen und auf gesundheitsförderliches Verhalten.
- Keine Pflicht zum Besuch eines sogenannten Hausarztes vor dem Besuch beim Facharzt.
- Verschärfte Wettbewerbskontrolle bei nicht gerechtfertigten Preisunterschieden von identischen Arzneimitteln durch die EU-Wettbewerbskontrolle.
- Einrichtung von Vertrauenspersonen im Krankenhaus, an die sich Patienten wenden können, die unsicher sind, ob bei ihnen ein Behandlungsfehler vorliegt.

HANNOVER

Expo 2000 oder wie verbringe ich eine extrem spaßige Woche in Hannover?

Bilanz der JUl'er vor Ort

Hannover. Als im Sommer 1998 der Beschluß des Bundesvorstandes gefasst wurde, dass sich die Junge Union an der ersten Weltausstellung in Deutschland beteiligen sollte, ahnte wohl keiner, was damit auf die Junge Union zukommen würde.

In der Woche vom 26. Juni bis 2. Juli 2000 mussten wir feststellen, dass es das Thema Politik schwer hat, mit den vielen Multimediashows der anderen Pavillons zu konkurrieren. Insgesamt ziehen wir jedoch eine positive Bilanz, denn es ist uns häufig gelungen, Impulse zum Mitmachen zu geben. Ein besonderes Dankeschön geht dabei an die 19 Helfer aus dem gesamten Bundesgebiet, die das überdimensionale Indianerzelt »Big-Tipi« während unserer Expo-Woche bespaßt haben.

Dazu war es erforderlich, ein Team aus Junger Union und Jusos zu schmieden, was für die meisten eine ganz neue Erfahrung war. Am Montag hatten wir dann erstmals Kontakt mit den Genossinnen und Genossen. Nach einem kurzen »Beschnuppern« und von dem Willen getragen, das Beste aus der Woche zu machen, haben wir entschlossen ganz »flache Bälle« zu spielen und uns zusammenzurufen. Was am ersten Tag noch sehr schwierig war, ging am zweiten Abend schon viel besser. Im Bayern-Zelt beim »Anton aus Tirol« war die Stimmung dann super.



Aber so hundertprozentig lief die Koordination von JU-Helfern und Juso-Aktivisten am Dienstag immer noch nicht, so dass wir dringend Abhilfe schaffen mussten. Die Lösung lag so nah: Extreme-Expo-Besprechung. Gut, die Idee ist nicht wirklich neu, und wir hatten auch nicht den Ehrgeiz, die Rekorde der Genossinnen und Genossen in Einzel-, Klein- und Großgruppenbesprechungen mit der Steigerung der »Vollversammlung« zu brechen. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass wir uns nach jeder Besprechung wirklich besser gefühlt haben... Obwohl wir oft damit zu kämpfen hatten, unser Programm für die Zuschauer attraktiv zu machen, war das Zelt am Donnerstagmittag voll. Grund war der Besuch unseres prominenten Gastes Christian Wulff, der es verstand, die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich zu ziehen.

Am Freitag haben wir dann mit der ein oder anderen Hefekaltschale vorzeitig auf den Erfolg der Woche angestoßen. Nicht erst nach dem zehnten Bier war jeder der Meinung: Expo ist super und Big-Tipi eine runde Sache. (fk/ft) ■

MÜNCHEN

Mediennacht ein Erfolg



Die CSU rief, und alle kamen: Über 400 Persönlichkeiten aus der Medienbranche fanden den Weg ins legendäre Münchener »Nachtcafé«. Gastgeber Dr. Markus Söder, MdL, Vorsitzender der CSU-Medienkommission und JU-Landesvorsitzender, zeigte sich sichtlich zufrieden. Im Bild (v.l.n.r.): Markus Söder, Uschi Dämmrich von Lutitz und Modezaar Rudolph Mooshammer.

ENTSCHEIDUNG

JU Aktiv

Berlin. Die Junge Union lebt von den Aktivitäten ihrer Verbände. Die ENTSCHEIDUNG berichtet über Euch und Eure Aktionen vor Ort. In den kommenden Ausgaben werden wir verstärkt die Basisaktionen vorstellen. Schickt uns Berichte über eure Veranstaltungen, Kampagnen und Aktionen an: DIE ENTSCHEIDUNG, Inselstraße 1b, 10179 Berlin, Telefax 0 30/27 87 87-20. Oder mailt uns: die@entscheidung.de. ■

MÜNCHEN

Conjecting people

München. Ralf Golinski und Elke Tonscheidt, in JU- und CDU-Kreisen gut bekannt, hat das »conject-Fieber« gepackt. Die conject AG in München, ihr neuer Arbeitgeber, ist ein junges, mit derzeit acht Millionen Mark finanziertes start-up Unternehmen, das mobile Internet-Lösungen für die Bauindustrie entwickelt. Elke Tonscheidt, in ihrem letzten Job Pressesprecherin der Adenauer-Stiftung, managt auch bei conject die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Ralf Golinski, der über sieben Jahre die CDU-Medienpolitik leitete, ist bei conject für den gesamten Content-Bereich zuständig. Beide haben das Unternehmen mitgegründet und sagen unisono: »www.conject.com ist die richtige Adresse!« ■

KASSEL

Neues Kommunalwahlrecht wift seine Schatten voraus

Kassel. (DK) Im Frühjahr 2001 werden die Hessen erstmals nach dem neuen personalisierten Kommunalwahlrecht (»Kumulieren« und »Panaschieren«) wählen. Derzeit finden in Hessen die Nominierungsparteitage in Kreisen, Städten und Gemeinden für die anstehende Kommunalwahl statt. Nach dem Vorbild aus Süddeutschland können Wähler dann nicht nur zwischen Parteien wählen, sondern einzelnen Kandidaten mehrere Stimmen geben (Kumulieren) oder auch Stimmen zwischen mehreren Parteien splitten, indem sie Kandidaten verschiedener Parteien ihr Vertrauen schenken (Panaschieren). Für den Erfolg der Partei kommt es daher viel stärker als nach dem bisherigen starren Listen-

system auf die Überzeugungskraft des Personalpakets an. Der erste CDU-Parteitag der fünf hessischen kreisfreien Städte fand in Kassel statt und brachte einen Wechsel von der Großeltern- zur Enkelgeneration. Listenführer ist der 26-jährige JU-Kreisvorsitzende Christoph Holler. Auf ebenfalls aussichtsreiche Plätze wurden die beiden stellvertretenden JU-Kreisvorsitzenden Sandra Scholz und Markus Braband sowie der JU-Stadtbezirksvorsitzende von Kassel-Ost, Michael Kalb, gewählt. ■

KASSEL

Vierundzwanzig Stunden JU

Heidenheim. Eine außergewöhnliche Aktion fand bei der JU Heidenheim statt: Vierundzwanzig Stunden lang besuchten die JU'ler gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Georg Brunnhuber verschiedene Betriebe und Behörden, um mit den Menschen über ihre Arbeit ins Gespräch zu kommen. Als erstes stand das Heidenheimer Pressehaus auf dem Programm, das die lokale Tagespresse druckt. Dabei lernten die JU-Mitglieder die Erstellungsweise einer Tageszeitung kennen. Über eine Spedition, den lokalen Sportverein, Einrichtungen der Deutschen Bahn sowie der Post ging es zur Rettungsleitstelle

des Deutschen Roten Kreuzes sowie in das Polizeirevier. Dort machten sich die knappen Haushaltsmittel ebenso bemerkbar – die Lage sei zwar besser geworden, aber man müsse noch viel ändern, so Brunnhuber. In der Nacht besuchte der JU-Trupp eine Kneipe, wo sie mit den Jugendlichen über deren alltägliche Probleme ins Gespräch kamen. Besonders gern gesehen waren dabei die Gummibärchen, die JU-Mitglieder an die Diskogänger verteilten. Zum Abschluss der Vierundzwanzig-Stunden-Aktion durften sich Bewohner eines Altenheimes über den Besuch von Brunnhuber und den Julern freuen. ■

NEUE JU-Vorstände

Folgende JU-Vorstände haben der ENTSCHEIDUNG die Neuwahl ihres Vorstandes bekannt gegeben. Schreibt und teilt uns die neuen Namen mit Adressen mit (ju@junge-union.de). JU-Funktionsträger (Ortsvorsitzende, Kreisvorstände) erhalten die ENTSCHEIDUNG kostenlos.

SU-Bezirksverband Niederrhein:

Vorsitzender Andreas Hamacher, Stellvertreter Christiane Eberhardt und Tobias Grosse-Brockhoff, Schriftführer Mathias Wefelnberg, Beisitzer Michael Kölzer und Denis Gumbel

Kreisverband Alb-Donau-Ulm:

Vorsitzender Marc Bernhard, Stellvertreter Peter Bausenhardt, Mahmut Kobal, Finanzreferent Philipp Werner, Pressereferentin Kim Wohlfahrt, Schriftführer Anja Scholtyszeck, Beisitzer Karin Horn, Verena Bösch, Alfons Lock, Evelyn Hähle, Jürgen Krause, Tobias Moll, Marc Krinke, Michael Paller

Kreisverband Baden-Baden:

Vorsitzender Kersten Krüger, Stellvertreter Kai Wittaker, Finanzreferent Lars Trischler, Pressereferent und Schriftführer Patrick Peter, Beisitzer Stefan Falk, Lutz-Philipp Hecker, Annemarie Ott, Christian Merz, Ingo Ott, Katrin Warth

Kreisverband Kreis Güstrow:

Vorsitzender Karsten Thiemann, Stellvertreter Daniel Schulz, Michael Schmitz, Schatzmeister Axel Schilke, Beisitzer Christoph Osmanski, Alexander Schlang, Cristian Schumann

Kreisverband Herzogtum Lauenburg:

Vorsitzender Dennis Gabriel, Stellvertreter Nils Volkuhl, Schatzmeister Andrea Tschacher, Geschäftsführerin und Beisitzerin Gisela Siedenschnur, Beisitzer Harald Pollehn, Uta Naveke, Marcus Pape

Kreisverband Münster:

Vorsitzender Harald Sievers, Stellvertreter Ingo Schachtel, Anna-Maria Holtmann, Christoph Lattreuter, Schriftführerin Katharina Schneider, Schatzmeister David Gutberlet, Beisitzer Meik Bolte, Christoph Haase, Katharina Klockenkämper, Markus Lepszy, Christine Stahlhut, Kathrin Wortmann, Steffen Wortmann

Kreisverband Ohrekreis:

Kreisvorsitzender Bruce Knorr, Stellvertreter Ralf Weithäuser und Dirk Heinrich, Schatzmeister Lars Grünert, Pressesprecher Ronny Kay

Stadtverband Meppen:

Vorsitzender Björn Jansen, Stellvertreter Andreas Brüse, Schatzmeister Rene Meyer, Pressewart Jan-Gerd Mersmann, Beisitzer Daniel Kühlenborg, Karl-Tono Triphaus, Ansgar Korte

Gemeindeverband Schwalbach/Saar:

Vorsitzender Daniel Kirch, Stellvertreter Bernd Müller, Alexander Speicher, Schatzmeister Roland Rosche, stv. Schatzmeister Bettina Will, Schriftführer Antonio Caramazza, Pressereferent Sascha Fink, Orgaleiter Jean Paul Cazzini, Beisitzer Karen Himbert, Karl-Heinz Heinrich, Robin Simon, Alexandra Heinen, Roman Hirtz, Anke Maurer, Melanie Schmitt.

impressum

Herausgeber:
Bundesvorstand Junge Union Deutschlands,
Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87- 20,
Email: ju@junge-union.de,
Homepage: http://www.junge-union.de

Redaktionsbüro:
DIE ENTSCHEIDUNG, Inselstraße 1b, 10179 Berlin
Tel. (0 30) 27 87 87-0, Fax (0 30) 27 87 87- 20,
Email: die@entscheidung.de,
Homepage: http://www.entscheidung.de

Redaktioneller Beirat:
Michael Hahn (Bundesgeschäftsführer),
Catrín Hannken (Mitglied im Bundesvorstand)
Harald Schmitt (Mitglied im Bundesvorstand)

Chefredakteur: Philipp Mißfelder

Redaktion: Steffen Bilger, Andrea Brieger, Roberto Fleißner, Torsten Geiling, Olaf Klaukien, Jan-H. Klaps, Frauke Kröger, Stefan Löwer, Peter Meyer, Georg Milde, Christian Müller, Volker Nies, Michael Panse, Markus Pösentrup, Nicolai Schenk, Andreas Schwegel, Vassilios Theodossiou, Stephan Titzte, Kristin Vorpahl, Jan-Gernot Wichert, Henryk Wichmann, Sebastian Wolff

Rubriken: Christine Loerke, Lifestyle, Ralf Pötter, ENTSCHEIDUNG online, Dr. Andreas Puttmann, Schwerpunkt, Heiko Rottmann, Portrait, aktiv, Ralf Weidner, CDU

Verlag:
Weiss Verlag GmbH & Co. KG, Industriestraße,
Postfach 30, 52153 Monschau-Imgenbroich
Tel. (0 24 72) 82- 0, Fax (0 24 72) 8 22 29.

Druck: Weiss Druck

Layout & Satz: Union Betriebs-GmbH, Rheinbach

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder. Erscheinungsweise monatlich. Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Graphische Gestaltung Titel:
Elke Scholz

Fototechnische Mitarbeit:
Frank Ossensbrink

Bildnachweis:
JU-Archiv, UBG, Becker & Bredel, CDU